



KIRCHBACH

Gisela Notz

## „Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!“

Die internationale sozialistische  
Frauenbewegung zu Beginn  
des 20. Jahrhunderts und der  
Kampf um das Frauenwahlrecht

Reihe  
Gesprächskreis  
Geschichte  
Heft 80



**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

# Gesprächskreis Geschichte

---

Heft 80

Gisela Notz

## **„Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!“**

Die internationale sozialistische  
Frauenbewegung zu Beginn des  
20. Jahrhunderts und der Kampf  
um das Frauenwahlrecht

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Historisches Forschungszentrum

Herausgegeben von Michael Schneider  
Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn

Tel. 0228-883 8062

E-mail: [Doris.Fassbender@fes.de](mailto:Doris.Fassbender@fes.de)

<http://library.fes.de/history/pub-history.html>

© 2008 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Bonn (-Bad Godesberg)

Fotos: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-  
Stiftung

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck: bub - Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2008

ISBN 978-3-89892-981-3

ISSN 0941-6862

---

## Inhalt

Die Vorgeschichte: das allgemeine und gleiche Wahlrecht für alle .....	5
Frauenwahlrecht und sozialdemokratische Frauenbewegung.	15
Die internationale sozialistische Frauenbewegung .....	20
Die erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen .....	24
International einheitliche Marschrouten .....	27
Auch bei den sozialistischen Frauen: der rechte und der linke Flügel.....	29
Der Internationale Frauentag.....	32
Eine „wichtige sozialdemokratische Kundgebung“ .....	34
Die Bedrohung des Weltfriedens .....	35
Im Schatten des Ersten Weltkrieges.....	36
Die Spaltung war nicht mehr aufzuhalten .....	41
Gemeinsames Vorgehen von bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegungen.....	42
Endlich das Frauenwahlrecht .....	43
Die ersten Frauen in den Parlamenten .....	45
Neuformierung während der Weimarer Republik.....	48
Im Schatten des Hakenkreuzes.....	51
Nach dem Zweiten Weltkrieg: Männer und Frauen sind gleichberechtigt .....	53
Ausblick .....	55



---

Die Gründung der Sozialistischen Fraueninternationale (Socialist International Women – SIW) fand auf der ersten internationalen sozialistischen Frauenkonferenz, am 17. August 1907, am Vortag des Internationalen Sozialistenkongresses, in Stuttgart statt. 58 weibliche Delegierte aus 15 Ländern Europas und aus Übersee versammelten sich dort mit dem Ziel, sich weltweit zusammenzuschließen. Darunter waren 12 deutsche Sozialistinnen und die erste weibliche Parlamentarierin, eine finnische Sozialistin. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen die Berichte über die sozialistische Frauenbewegung in den einzelnen Ländern, die zukünftigen Beziehungen zwischen den organisieren Genossinnen und der Kampf um das Frauenstimmrecht.<sup>1</sup> Im Unterschied zur Sozialistischen Internationale liegen nur wenige wissenschaftliche Arbeiten zur Internationale der sozialistischen Frauen vor.<sup>2</sup>

## **Die Vorgeschichte: das allgemeine und gleiche Wahlrecht für alle**

Für die proletarische Frauenbewegung stand das Frauenwahlrecht, eingebunden in die Debatten um eine allgemeine Wahl-

---

<sup>1</sup> Berichte für die Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen. Abgehalten in Stuttgart am Sonnabend, den 17. August 1907, im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung. Siehe auch: Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ an der Pädagogischen Hochschule „Clara Zetkin“, Leipzig, Zur Rolle der Frau in der Geschichte des deutschen Volkes (1830 – 1945), Eine Chronik, Frankfurt/Main 1984, S. 70.

<sup>2</sup> Im dreibändigen Werk „Geschichte der Internationale“ von Julius Braunthal (Hannover 1961/1971) kommt zwar die sozialistische Jugendinternationale, aber nicht die Fraueninternationale vor. Eine Ausnahme bildet das 2007 in deutsch und englisch erschienene Buch von Irmtraut Karlsson, Die ersten hundert Jahre. Eine kurze Geschichte der Sozialistischen Fraueninternationale, Berlin 2007. Karlsson hat hauptsächlich in England geforscht und räumt ein, dass eine „richtige Geschichte der sozialistischen Fraueninternationale“ erst noch geschrieben werden muss. Diese Broschüre soll Anregungen für weitere Forschungsarbeiten sein.

rechtsreform, schon vor der Gründung der SIW auf dem Programm, wenn es auch nicht das höchste Ziel der Bewegung war. Denn das primäre Ziel der sozialistischen Frauenbewegung war die Emanzipation des gesamten Proletariats von der entfremdeten Arbeit. Schließlich waren Privateigentum und Kapitalverhältnisse und auch die besondere Unterdrückung, die sich aus der Abhängigkeit vom Fabrikherren und der Zuschreibung der Reproduktionsarbeiten an die Proletarierinnen ergab, durch ein Wahlrecht ebenso wenig automatisch abgeschafft wie viele andere Ungerechtigkeiten. Dennoch hatte der Kampf um das Frauenwahlrecht eine große Bedeutung für die Emanzipation auch der proletarischen Frauen.<sup>3</sup>

In Deutschland war es ein weiter Weg, bis das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht durchgesetzt war. Nach der Revolution 1848 konstituierte sich in Frankfurt am Main die Nationalversammlung. Sie war das erste ‚demokratisch gewählte‘ Parlament. ‚Demokratisch gewählt‘ hieß, je 50.000 Männer wählten einen Abgeordneten. Das Wahlrecht war an die ‚Selbstständigkeit‘ geknüpft; das bedeutete in den meisten deutschen Staaten, dass Bezieher von Armenunterstützung ausgeschlossen waren.<sup>4</sup> Als ‚nicht selbständig‘ galten aber auch Dienstboten, Handlungsgehilfen, Fabrikarbeiter und Tagelöhner; auch sie blieben damit vor der Tür des Wahllokales.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> Auf die Bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegungen wird in dieser Broschüre nur cursorisch eingegangen.

<sup>4</sup> Georg Meyer, Das Parlamentarische Wahlrecht, Berlin 1901, S. 175.

<sup>5</sup> Ute Rosenbusch, Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland, Baden-Baden 1998, S. 66.



Paulskirche Frankfurt (Main) 1848: Einzug der Parlamentarier zur Nationalversammlung

Lediglich ungefähr 85 % der Männer hatten das Wahlrecht. Frauen war das Recht gänzlich verweigert. Es spielte keine Rolle, welcher Klasse sie angehörten. Die insgesamt 809 Abgeordneten präsentierten das männliche Bildungsbürgertum; daher wurde die Nationalversammlung auch als ‚Professorenparlament‘ bezeichnet. Bemerkenswert ist, dass sich die Männer, die 1848/49 um eine gemeinsame deutsche Verfassung stritten, auch ausgiebig mit einem künftigen gesamtdeutschen Wahlrecht beschäftigten: Es sollte gleich, unmittelbar und geheim sein und nur für Männer gelten. Der Ausschluss von Frauen wurde als so selbstverständlich angesehen, dass er eigentlich keiner Begründung bedurfte. Wenn Erklärungen überhaupt genannt wurden, so

wurde meist damit argumentiert, dass es den Frauen an der „natürlichen Qualifikation“, die sie zur Ausübung staatsbürgerlicher Rechte befähigte, fehle. Dabei berief man sich z.B. auf Immanuel Kant (1724 – 1804). Zeitgenossen wie der Historiker und Publizist August Ludwig Schlözer (1735 – 1809) und der Sozialkritiker und Schriftsteller Theodor Gottlieb von Hippel (1741 – 1796) rechtfertigten den Ausschluss der Frauen mit dem Hinweis auf deren mangelhafte Bildung. Vom Besuch der Universitäten, an denen sie diese Bildung hätten erwerben können, waren Frauen jedoch bis 1908 ausgeschlossen. Der Philosoph Johann Gottlieb Fichte (1762 – 1814) ging so weit, dass er behauptete, die Frau hätte als Ehefrau ihr eigenes Leben zugunsten ihres Mannes aufgegeben und brauche deshalb keine eigenen Rechte.<sup>6</sup>

Die durch die Nationalversammlung 1849 verabschiedete Reichsverfassung, die den Männern mehr Mitbestimmung geben sollte und bestimmte, dass alle männlichen Bürger ab dem 25. Lebensjahr das Wahlrecht ausüben durften, trat nie in Kraft.

Die Mitglieder des Preußischen Landtages wurden von 1849 bis 1871 nach dem Dreiklassenwahlrecht bestimmt. Die Männer jedes Wahlbezirkes wurden danach in drei Gruppen aufgeteilt, auf die je ein Drittel des gesamten Steueraufkommens entfiel. Jede der Gruppen wählte die gleiche Anzahl von Abgeordneten, so dass wenige Vermögende über das gleiche Gewicht verfügten wie die große Masse der Besitzlosen. Erst mit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 wurde für die Wahlen zum Reichstag das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime aktive und passive Wahlrecht für alle männlichen Bürger über 25 Jahre, die im Besitz der bürgerlichen und politischen Ehrenrechte waren, eingeführt.<sup>7</sup> Ausgeschlossen waren nicht nur die-

---

<sup>6</sup> Zu dieser Auseinandersetzung vgl. Gisela Notz, Welche Qualifikationen für welche Zukunft?, in: beiträge zur feministischen praxis, H. 43/44, 1996, S. 101- 112.

<sup>7</sup> Rosenbusch, S. 74 f.

---

jenigen, denen durch Richterspruch die staatsbürgerlichen Rechte entzogen waren, sondern wiederum auch die Armenunterstützungsempfänger. Hatten die Männer der unteren Schichten nach wie vor nicht die gleichen Rechte wie die der mittleren und höheren Schichten, so waren alle Frauen in dieser Beziehung rechtlos, denn sie waren immer noch nicht mit gemeint. Bei den Wahlen zum Preußischen Haus der Abgeordneten galt bis zum Ende des Kaiserreichs weiter das Dreiklassenwahlrecht.

Der Kampf um das Frauenwahlrecht war nicht zuletzt vor allem deshalb schwierig, weil auch Frauen – bedingt durch unterschiedliche Herkunft und politische Vorstellungen – durchaus nicht die gleichen Interessen einbrachten.<sup>8</sup> Das war in fast allen Ländern so. Kein Wunder, vertraten doch die einen die Arbeiterinnen und Dienstmädchen, während die anderen die Frauen der höheren gesellschaftlichen Schichten repräsentierten, von denen die meisten an der Aufrechterhaltung ihrer Privilegien interessiert waren. Viele der bürgerlichen Frauen akzeptierten den Ausschluss aus der Politik als Notwendigkeit, die sich aus der „natürlichen Bestimmung“ der Frau und aus ihrem Platz im Haus des (eigenen) Mannes ergab. Bestenfalls wollten sie „ehrenamtlich“ in die Häuser der Armen gehen, um die schlimmste Not von ihnen abzuwenden und ihnen und ihren Kindern durch das Kochen von Armensuppe caritative Hilfe zu gewähren. Rechte sollten die Armen und die Fabrikarbeiterinnen nicht bekommen.

In Deutschland war es Louise Otto (1819 – 1895), die Begründerin der bürgerlichen Frauenbewegung, die bereits 1848 „die Theilnahme der weiblichen Welt am Staatsleben“ forderte und sich dagegen wandte, dass die Früchte der Revolution allein die Männer ernten sollten. 1865 gründete sie mit Auguste

---

<sup>8</sup> Gisela Notz: „Her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Mann und Frau!“, in: Bettina Gab/Gisela Notz/Valentine Rothe (Hg.), Mit Macht zur Wahl. 100 Jahre Frauenwahlrecht in Europa, Bonn 2006, S. 94-107.

Schmidt (1833 – 1902) und Henriette Goldschmidt (1825 – 1920) auf dem ersten deutschen Frauenkongress den Allgemeinen Deutschen Frauenverein (ADF), der das Ziel der beruflichen und politischen Gleichstellung der Frauen mit den Männern verfolgte und sich ebenso für die Stärkung der Rechte der Frauen der unteren Schichten einsetzen wollte. Unter den Teilnehmern des ADF-Gründungskongresses war auch der spätere Führer der Sozialdemokratischen Partei August Bebel (1840 – 1913), unter den Gründungsmitgliedern Josephine Eißner (1822 – 1906), die Mutter Clara Zetkins (1857 – 1933).



August Bebel (1840-1913) mit Julie Bebel (1843-1910) und Tochter Frieda

Das Organ des Vereins „Neue Bahnen“ bot ein Publikationsorgan für bürgerliche Frauen und für Arbeiterinnen. Das Frauenwahlrecht betrachteten Louise Otto und ihre Mitstreiterinnen als wichtig, sahen es jedoch als Fernziel. Denn sie fürchteten, dass die meisten Frauen noch nicht in der Lage waren, das Recht selbständig zu nützen. Deshalb sahen sie auch die Gefahr, dass Interessenverbände und Parteien die Frauen für ihre Zwecke instrumentalisieren könnten.

Andere Frauen der bürgerlichen Frauenbewegungen forderten das Stimmrecht schon früh. Es war beispielsweise Hedwig Dohm (1831 – 1919), die 1873 in ihrer Schrift „Der Jesuitismus im Hausstande“ den Frauen zurief: „fordert das Stimmrecht, denn über das Stimmrecht geht der Weg zur Selbständigkeit und

---

Ebenbürtigkeit, zur Freiheit und zum Glück der Frau.“<sup>9</sup> Das war eine Aufforderung an die Frauen, ihre politische Sache selbst in die Hand zu nehmen. Eine bürgerliche Frauenstimmrechtsorganisation entstand dennoch erst 1902. Lida Gustava Heymann (1868 – 1943) und Anita Augspurg (1857 – 1943), zwei ungewöhnliche Frauen des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung waren es, die gemeinsam mit Minna Cauer (1841 – 1922) und anderen Frauen den „Deutschen Verein für Frauenstimmrecht“ in Hamburg gründeten, der wenig später in „Verband für Frauenstimmrecht“ umbenannt wurde. Hamburg wurde als Gründungsort gewählt, weil das Vereinsrecht in Preußen und in den meisten anderen Staaten im Deutschen Reich den Frauen die Teilnahme an politischen Vereinigungen verbot. Der Verein trat für die volle politische Gleichberechtigung aller Frauen ein und beteiligte sich später an Wahlrechtskundgebungen der SPD anlässlich des Internationalen Frauentages.<sup>10</sup>

34 Gruppierungen des gemäßigten und größeren Teils der bürgerlichen Frauenbewegung, repräsentiert vor allem durch Helene Lange (1848 – 1930) und Gertrud Bäumer (1873 – 1954), schlossen sich im März 1894 im „Bund Deutscher Frauenvereine“ (BDF) zusammen. Damit gaben sich alle gemeinnützigen Frauenvereine – nach amerikanischem Vorbild – ein organisiertes Dach. Der BDF vertrat ebenso wie der ADF die Auffassung, dass sich Frauen zunächst durch soziale Betätigung in Verbänden Anerkennung verschaffen müssten. Auf der Basis wachsender sozialer Anerkennung und Bildung der Frauen würde sich dann die Frage des Frauenwahlrechts von selbst lösen.<sup>11</sup> Auch von den meisten Frauen im BDF wurde das Frauenwahl-

---

<sup>9</sup> Vgl. Florence Hervé/Ingeborg Nödinger, *Lexikon der Rebellinnen*, Dortmund 1996, S. 71.

<sup>10</sup> *Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) (Hg.), 70 Jahre Frauenwahlrecht*, Bonn 1988.

<sup>11</sup> Astrid Franzke, *Die Vorkämpferinnen für das Frauenwahlrecht im Spiegel unterschiedlicher Bewegungen*, in: Ilse Nagelschmidt u. a. (Hg.), *Menschenrecht sind auch Frauenrechte*, Leipzig 2002, S. 111 – 132.

recht als Fernziel betrachtet, das zwar wünschenswert, aber vorerst nicht realisierbar war. Der BDF verfolgte eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners aller Mitgliedsverbände. In seiner Satzung war „die Förderung des weiblichen Geschlechts in wirtschaftlicher, rechtlicher und körperlicher Hinsicht“ als Aufgabe verankert.<sup>12</sup> Die Förderung sollte dem Ziel dienen, durch Kommunikation und Kooperation die Arbeit der gemeinnützigen Frauenvereine „im Dienste des Familien- und Volkswohles zu stärken, dann, wenn alle von Herzen ihre Zustimmung geben können“.<sup>13</sup> Daraus sprach ein großes Harmoniebedürfnis der Frauen, aber auch das Bestreben, nicht politisch zu erscheinen, um den Dachverband auch Konservativen zu öffnen und um nicht in Konflikt mit dem geltenden Vereinsgesetz zu kommen, nach dem sich Frauen nicht in politischen Organisationen zusammenschließen durften. Der Bund sollte daher nicht das Trennende, sondern das Verbindende der (bürgerlichen) Frauenbewegungen betonen.

Bereits bei der Gründungsversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF) war die Beziehung der bürgerlichen Frauenbewegung zur Arbeiterinnenbewegung Gegenstand heftiger Debatten. Zur konstituierenden Sitzung im Mai 1894 wurden sozialdemokratische Vereine nach eingehenden Erwägungen nicht eingeladen, weil – so die Initiatorinnen – befürchtet wurde, durch ihre politische Betätigung würden die Arbeit des Bundes grundsätzlich gefährdet und ein Verbot riskiert. Zudem konnte nicht davon ausgegangen werden, dass alle Gründungsvereine ein Zusammengehen mit den sozialistischen Vereinen dulden würden.<sup>14</sup> Schließlich war es nur eine kleine Grup-

---

<sup>12</sup> Die Satzung des BDF ist abgedruckt in: *Kolonie und Heimat*, IV. Jg., 1910, H. 44, S. 9.

<sup>13</sup> Anna Simson, *Der Bund deutscher Frauenvereine, was er will und was er nicht will*. Vortrag, gehalten in der ersten Generalversammlung des Bundes (=Schriften des Bundes Deutscher Frauenvereine, H. 1), Breslau 1895).

<sup>14</sup> Gilla Dölle, *Schwesternstreit – Von den Auseinandersetzungen zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung bei der Gründung des BDF*,

pe eher radikaler Frauenrechtlerinnen, die sich gegen den Ausschluss stellte. Auch wenn Auguste Schmidt bei ihrer Eröffnungsrede klar stellte, „dass der Bund Arbeiterinnenvereine von Herzen willkommen heißen werde“, fuhr sie schließlich fort, dass er „solche von unverkennbar politischer Tendenz nicht aufnehmen könne“.15 Damit waren freilich alle Arbeiterinnenvereine ausgeschlossen, denn der Kampf um die politische Beteiligung und um das Frauenwahlrecht für alle



Clara Zetkin (1857-1933)

Frauen war zweifelsohne ein politischer Kampf; das wurde auch von den verantwortlichen Gendarmen so gesehen, die immer wieder die Versammlungen sprengten. Für die bürgerlichen Frauenvereine schien es ohnehin schwierig, eindeutig zum Wahlrecht Stellung zu beziehen, ohne damit den Bezug zu einer Partei und ihren Vorstellungen vom Frauenwahlrecht herzustellen.16 Die SPD kam nach ihrer Weltanschauung für Bündnisse nicht in Betracht und die anderen Parteien unterstützten nicht einmal die

---

in: Ariadne – Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung, 8. Jg., 1991, H. 22, S. 32 – 35; hier: S. 32.

<sup>15</sup> Helene Lange/Gertrud Bäumer, Handbuch der Frauenbewegung, Teil 1: Die Geschichte der Frauenbewegung in den Kulturländern, Berlin 1901, S. 133.

<sup>16</sup> Bärbel Clemens, Der Kampf um das Frauenstimmrecht in Deutschland, in: Christl Wickert (Hg.), „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“. Die Kämpfe der Frauen in Deutschland und England um die politische Gleichberechtigung, Pfaffenweiler 1990, S. 51-124; hier: S. 109.

Forderungen der bürgerlichen Frauen nach einem „Damenwahlrecht“.

Der Interessengegensatz zwischen Proletarierinnen und „Bourgeoisdamen“<sup>17</sup> schien unüberwindlich. Clara Zetkin war, wie die meisten klassenbewussten Meinungsführerinnen der Arbeiterinnen ohnehin gegen eine „humanitätstrunkene Allerweltsbasenschaft“.<sup>18</sup> Sie schloss eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Frauen in einem Bund aus. Die Proletarierinnen sahen keine Gemeinsamkeiten mit „Frauenrechtlerinnen“, die das „große und verwickelte Problem der Frauenbefreiung nicht in seinen vielverzweigten sozialen Zusammenhängen erfassen, vielmehr aus den Interessen der bürgerlichen Gesellschaft betrachten“.<sup>19</sup>

Deshalb nahmen die Sozialistinnen auch am Weltkongress der Frauen, dem Internationalen Frauenkongress der bürgerlichen Frauenbewegung, der 1904 in Berlin stattfand und vom BDF unter der Leitung von Marie Stritt (1855 – 1928) ausgerichtet wurde, nicht teil.<sup>20</sup> Im Umfeld des Kongresses, zu dem tausend Delegierte und Besucherinnen kamen, fand eine internationale Frauenstimmrechtskonferenz statt. Sie wurde mit der spektakulären Gründung der zweiten wichtigen internationalen Frauenorganisation, der International Suffrage Alliance of Women (IAW), beendet, in der Marie Stritt ein wichtiges Betätigungsfeld finden sollte.<sup>21</sup>

Auch die radikalen bürgerliche Frauenvereine hatten bereits 1899 einen eigenen Dachverband gegründet, den „Verband fortschrittlicher Frauenvereine“, der eindeutiger als der BDF das

---

<sup>17</sup> Die Gleichheit, 4. Jg., vom 18.4.1894, S. 63.

<sup>18</sup> Die Gleichheit, 4. Jg., vom 27.6.1894, S. 102.

<sup>19</sup> Clara Zetkin, Zur Geschichte der Proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1958, S. 204.

<sup>20</sup> Marie Stritt, Radikal und gemäßigt, in: Centralblatt, H. 11/1904, S. 83 f. Zu Marie Stritt siehe: Elke Schüller: Marie Stritt. Eine „kampffrohe Streiterin“ in der Frauenbewegung (1855 – 1928), Königstein/Taunus, 2005.

<sup>21</sup> Schüller, S. 143.

Ziel vertrat, die „Frauen zur Wertschätzung politischer Rechte, insbesondere des Frauenstimmrechts zu führen“.<sup>22</sup> Als sich der BDF entschied, die Forderung nach dem Frauenwahlrecht zu unterstützen, hielten das einige bürgerliche Frauenvereine immer noch für verfrüht, weil sie an der These von der „natürlichen“ Bestimmung der Frau „im Dienste des Familien- und Volkswohles“ festhielten. Zu ihnen zählte der „Deutsch-Evangelische Frauenbund“, der 1917 aus dem BDF austrat, weil er die Forderung nach dem Frauenstimmrecht, die der BDF nun eindeutig vertrat, nicht mittragen wollte.<sup>23</sup>

## **Frauenwahlrecht und sozialdemokratische Frauenbewegung**

Massenwirkung bekam die Frauenbewegung erst mit dem Aufkommen der sozialdemokratisch geprägten Arbeiterinnenbewegung. Die 1863 in Form des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) gegründete SPD schrieb sich die Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht nach kurzem Zögern auf die Fahnen. Sie blieb lange Zeit die einzige Partei, die diese Forderung vertrat. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gründeten sich spezielle sozialdemokratische Frauenwahlvereine, die öffentlichkeitswirksame Frauenversammlungen und Demonstrationen organisierten. Wen wundert es allerdings, dass die Arbeiterinnen aus den Reihen der „Arbeitsmänner“ wenig Fürsprecher hatten? Schließlich wünschten sich auch viele „Arbeitsmänner“ eine Hausfrau nach bürgerlichem Vorbild. Daher kämpften sie für einen Lohn, der es ihnen gestatten sollte, Frauen und Kinder zu ernähren und der es ihren Frauen ermöglichen sollte, zu Hause zu bleiben. Sie fürchteten die Selbständigkeit der Frau, die durch das Stimmrecht befördert werden konnte: „Es gibt Sozialisten, die der Frauenemanzipation nicht weniger abgeneigt ge-

---

<sup>22</sup> Die Frauenbewegung, 5. Jg., 1899, Nr. 24, S. 173.

<sup>23</sup> Joachim Hofmann-Göttig, Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, Bonn 1986, S. 21.

genüberstehen, wie der Kapitalist dem Sozialismus“<sup>24</sup>, schrieb August Bebel, einer der wichtigsten Wortführer der deutschen Arbeiterbewegung. Andere sozialdemokratische Männer sahen im Frauenwahlrecht die Gefahr, dass das rechte und konservative Wählerpotential vergrößert werden könnte und dass das Frauenwahlrecht der SPD mehr schaden als nützen würde.

Ohne Erfolg beantragte August Bebel 1875 auf dem Gothaer Parteitag der SPD, der Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrecht für alle Staatsbürger die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen hinzuzufügen. Durchsetzen konnte er sich damit (noch) nicht. Ausdrücklich betonten die sozialdemokratischen Männer, dass die Ablehnung des Frauenwahlrechts nicht aus prinzipiellen Gründen erfolgte, sondern aus „taktischen“ Erwägungen. Sie erwarteten keinen Kräftezuwachs für ihren Kampf durch die Mobilisierung von Frauen.<sup>25</sup> Im Gothaer Programm hieß es dann: „Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an.“ „Alle Staatsangehörigen“ waren „alle Männer“.

Die sozialdemokratischen Frauen ließen sich nicht entmutigen. Nach dem Motto: „Können wir nicht wählen, so können wir doch wühlen!“, beteiligten sich viele Frauen an den Wahlkämpfen sozialdemokratischer Landtags- und Reichstagsabgeordneter.<sup>26</sup> Ottilie Baader (1847 – 1925) und Pauline Staegemann (1838 – 1909), die Begründerin des „Berliner Arbeiter- und Mädchenvereins“ von 1873<sup>27</sup>, berichteten später darüber,

---

<sup>24</sup> Zit. nach: Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1958, S. 145.

<sup>25</sup> Zetkin 1958, S. 145.

<sup>26</sup> Christl Wickert (Hg.), „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“. Die Kämpfe der Frauen in Deutschland und England um die politische Gleichberechtigung, Pfaffenweiler 1990.

<sup>27</sup> Gisela Notz, Zum Wirken und zur Person von Pauline Staegemann (1838 – 1909), in: ASF-Brandenburg (Hg.), Pauline-Staegemann-Preis, Dokumentation, Potsdam 2004, S. 4 - 9.

---

wie sie mit anderen Frauen Agitationsarbeit in den Wahlkreisen leisteten, auf Versammlungen zu den Wählern sprachen, Flugblätter verbreiteten und Abonnenten und Abonnentinnen für die sozialdemokratische Presse warben.<sup>28</sup>

Erst auf dem Parteitag 1891 in Erfurt waren die (meisten) Genossen davon zu überzeugen, dass ein „allgemeines und gleiches“ Wahlrecht auch die Frauen einschließen musste. Es war die deutsche Frauenrechtlerin und Sozialdemokratin Clara Zetkin, die den Delegierten die Position der proletarischen Frauenbewegung deutlich machte; für sie war es die Sache der Sozialdemokratie, für die politische Gleichberechtigung der Frauen einzutreten. Wie August Bebel verstand sie die Unterdrückung der Frauen als Klassenproblem. Ihr Emanzipationskampf war Teil des Kampfes der unterdrückten Klassen gegen die Herrschenden: „Die proletarische Frauenbewegung [...] sammelte, organisierte und schulte [vielmehr] vor allem die Proletarierinnen für den Kampf in Reih und Glied ihrer Brüder“, um „den Kampf von Klasse zu Klasse zu führen für die Revolution der bürgerlichen Ordnung“.<sup>29</sup> Das Wahlrecht für Proletarierinnen betrachtete Clara Zetkin nicht als das höchste Ziel, schon gar nicht als Beitrag „zum Kampf gegen die Männerwelt ihrer Klasse“, sondern als Mittel zum Kampf gegen den Kapitalismus.<sup>30</sup>

Die Formulierung im Parteiprogramm in Bezug auf das allgemeine Wahlrecht hieß nun, das Wahlrecht sollte allen „ohne Unterschied des Geschlechts“ zustehen. Jetzt galt es, diese Forderung als Gesetzesinitiative in den deutschen Reichstag einzubringen. 1895 legte die SPD unter Ignaz Auer (1846 – 1907) und August Bebel einen entsprechenden Gesetzentwurf vor, der die Einführung des Frauenstimmrechts zum Inhalt hatte. Die sozial-

---

<sup>28</sup> Otilie Baader, *Ein steiniger Weg. Lebenserinnerungen*, Berlin 1921, hier S. 85 ff.

<sup>29</sup> Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, S. 17.

<sup>30</sup> Clara Zetkin, *Zur Frage des Frauenwahlrechts*. Bearbeitet nach dem Referat auf der Konferenz sozialistischer Frauen zu Mannheim, Berlin 1907, S. 84 f.

demokratischen Männer mussten es ertragen, dass sie bei den Herren aller übrigen Parteien Heiterkeit für ihr Anliegen ernteten. Alle Parteien, außer der SPD, lehnten den Antrag ab.<sup>31</sup> Allerdings entschloss man sich nun, Gemeindeämter in geringer Zahl an Frauen zu vergeben. Die erfolglose Gesetzesinitiative wurde von großen Volksversammlungen in Berlin begleitet, auf denen August Bebel, Wilhelm Liebknecht (1826 – 1900), Emma Ihrer (1857 – 1911) und Otilie Baader (1847 – 1925) sprachen und Resolutionen für das Stimmrecht verabschiedet wurden. Zur Vorbereitung des Reichstagsantrags war schon zu Beginn des Jahres 1895 ein Aufruf in der „Gleichheit“ erschienen, der zur reichsweiten Kampagne für das Frauenstimmrecht und gleichzeitig zum Protest gegen das Vereinsrecht aufrief.<sup>32</sup> 1906 wurde derselbe Antrag als „Gesetzentwurf Albrecht und Genossen“ wiederholt, durch Eduard Bernstein (1850 – 1932) begründet – und wieder abgelehnt. Auch nach dieser erneuten Niederlage blieb die SPD die einzige Partei im Kaiserreich, die bereit war, sich für die Emanzipation der Frauen im Parlament einzusetzen. Die Frauenfrage wurde nun zum Teil der Klassenfrage.

Die Debatte um den Haupt- und Nebenwiderspruch bildete die Grenzlinie zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung. Die meisten Genossinnen aus der sozialistischen Frauenbewegung folgten der marxistischen Klassentheorie und ihrem Anliegen, Seite an Seite mit den Männern zu kämpfen. Beides schloss ein auch nur temporäres gemeinsames Vorgehen mit den bürgerlichen Frauen aus. Ausnahmen bildeten Sozialdemokratinnen wie Lily Braun (1865 – 1916), die sich nicht an diese Position hielten und schließlich alle Verbündeten verloren.

Mit scharfen Worten ging Luise Zietz (1865 – 1922) mit den bürgerlichen „Schwestern“ ins Gericht: Der größte Teil würde sich mit einem „beschränkten Frauenwahlrecht“ zufrieden geben und sich nicht darum kümmern, wenn die große Masse der Pro-

---

<sup>31</sup> Anette Kuhn, Die Chronik der Frauen, Dortmund 1992, S. 429.

<sup>32</sup> Die Gleichheit, 5. Jg., 1895, S. 9.

letarierinnen weiter in politischer Rechtlosigkeit gehalten würde. Auch ihr Ziel war „die Überwindung des Kapitalismus“, ihre Parole war: „Her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Mann und Frau!“<sup>33</sup> Solange Frauen nicht wählen durften, glaubte sie im Wahlkampf alle Kräfte dafür einsetzen zu müssen, der Partei zum Sieg zu verhelfen, die dieses Ziel auf ihre Fahnen geschrieben hatte.<sup>34</sup>



Emma Ihrer (1857-1911)

1903 beschloss der SPD-Parteitag, in allen Wahlrechtskämpfen auch das Frauenstimmrecht zu betonen.<sup>35</sup> Sozialdemokratische Frauen wählten eine neue Strategie für ihre politische Betätigung. Unter Berufung auf § 21 des preußischen Vereinsrechts, der Wahlvereine von den Beschränkungen ausnahm, gründeten sie sozialdemokratische Frauenwahlvereine, die sich nach den Wahlen wieder auflösen mussten. Die Wahlkampfarbeit verbanden sie mit For-

derungen zum Frauenwahlrecht. Die durch die Frauen organisierten Veranstaltungen erfreuten sich regen Zulaufs.<sup>36</sup> Otilie Baader bezeichnete die Wahlrechtsbewegung von 1905/06 als die „umfassendste und kräftigste Aktion für das Frauenstimm-

<sup>33</sup> Luise Zietz, *Die Frauen und der politische Kampf*, Berlin 1912, S. 27.

<sup>34</sup> Ebd., S. 39 f.

<sup>35</sup> Sozialdemokratische Partei Deutschlands, *Protokolle des Parteitages von 1903*, S. 117; 288; 292; 296f.

<sup>36</sup> Vgl. Ulla Wischermann, *Frauenbewegungen und Öffentlichkeiten um 1900. Netzwerke, Gegenöffentlichkeiten, Protestinszenierungen*, Königstein/Taunus 2003, S. 230f.

recht [...], die wir in Deutschland bis jetzt gehabt haben“, obwohl die Forderung „mehrfach von den Genossen vergessen“ worden sei.<sup>37</sup> Auf der SPD-Frauenkonferenz 1906 in Mannheim wurde schließlich der Beschluss gefasst, die Forderung nach Frauenstimmrecht in den Mittelpunkt der SPD-Politik zu stellen, ohne Rücksicht auf taktische Überlegungen.<sup>38</sup>

## **Die internationale sozialistische Frauenbewegung**

Durch den Druck der internationalen sozialistischen Frauenbewegung erhofften sich die Sozialdemokratinnen eine Stärkung ihrer Position für den Kampf um das Frauenwahlrecht.

Bereits vor der Gründung der SIW fanden internationale Sozialistenkongresse statt, bei denen Frauenfragen diskutiert wurden. Allerdings war die Einbeziehung der Arbeiterinnen bei der Gründung der Ersten Internationale der Arbeiterbewegung 1864 keine Selbstverständlichkeit. Erst die Intervention von Karl Marx sicherte ihre Beteiligung.<sup>39</sup> Er argumentierte damit, dass auch die Frauen, die einen großen Teil der in der Industrie Arbeitenden stellten, ihre Probleme untereinander diskutieren sollten. Schon auf dem Internationalen Sozialistenkongress im September 1871 in London beschloss die Internationale der Arbeiter im fünften Abschnitt ihrer Statuten, der sich mit den lokalen Partei- und Gewerkschaftszweigen beschäftigte, die Bildung von Frauensektionen zu empfehlen. Gleichzeitig wurde betont, dass die Frauensektionen nicht mit bestehenden oder zu bildenden Sektionen beiderlei Geschlechts konkurrieren sollten. Den-

---

<sup>37</sup> Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Protokolle der Frauenkonferenz 1906 in Mannheim, S. 403.

<sup>38</sup> Zetkin 1907.

<sup>39</sup> Irmtraut Karlsson, Frauen in der Politik, in: Socialist International Women (Hg.), Die ersten hundert Jahre. Eine kurze Geschichte der Sozialistischen Fraueninternationale, Berlin 2007, S. 109 – 148; hier: S. 109.

---

noch war der Beschluss bedeutend, denn seitdem waren Fraueninteressen in der Arbeiterinternationale verankert.<sup>40</sup>

Ein zweiter wichtiger Meilenstein war der Gründungskongress der II. Internationale 1889, der vom 14. bis 20. Juli 1889 in Paris tagte. Im Einladungsschreiben wurde ausdrücklich betont, dass die Sozialisten die Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechtes oder der Nationalität in ihre Organisation mit einschlossen.<sup>41</sup> Die Rede Clara Zetkins, die damals 32 Jahre alt war und als Delegierte der Berliner Arbeiterinnen eine von fünf Frauen unter 400 Teilnehmenden war, legte die programmatischen Grundlagen für die internationale proletarische Frauenbewegung. Von den sozialistischen Parteien, die der Organisation der Frauen und der Frauenerwerbsarbeit oft ablehnend gegenüberstanden, weil durch die Berufstätigkeit der Frauen das Elend der proletarischen Familien verstärkt würde und weil Frauen als „Schmutzkonkurrentinnen“ des Mannes, als „Lohndrückerinnen“ gesehen wurden, forderte sie, dass sie sich für das Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit und auf ökonomische Sicherheit einsetzten: „Die Sozialisten müssen wissen, dass bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung die Frauenarbeit eine Notwendigkeit ist. [...] Die Sozialisten müssen vor allem wissen, dass auf der ökonomischen Abhängigkeit oder Unabhängigkeit die soziale Sklaverei oder Freiheit beruht“, sagte sie damals.<sup>42</sup> Sie wusste, dass die sozialistischen Arbeiterinnen an zwei Fronten kämpfen mussten: gegen die Repressalien der Behörden und gegen die Frauenfeindlichkeit ihrer eigenen Genossen, die die Frauen am Herd des (eigenen) Mannes sehen wollten. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau war für sie und ihre Weggefährtinnen die Voraussetzung für die Beseitigung der Unterdrückung der Frauen im Beruf und in der Fami-

---

<sup>40</sup> Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, 1971.

<sup>41</sup> Ebda.

<sup>42</sup> Clara Zetkin, Für die Befreiung der Frau! Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongress zu Paris, 19. Juli 1889, in: Jutta Menschik (Hg.), Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau, Köln 1976, S. 92 – 98; hier: S. 92 f.

lie. Emma Ihrer (1857 – 1911), die in Paris ebenfalls eine vielbeachtete Rede hielt und mit der Clara Zetkin lange Zeit eng zusammenarbeitete, hatte dafür gesorgt, dass diese als zweite Delegierte in Paris ein Mandat erhielt.<sup>43</sup> Gemeinsam verhinderten beide die Verabschiedung eines Antrages, der die Frauenerwerbstätigkeit verbieten wollte; sie erreichten stattdessen, dass die Forderungen nach gleichen Löhnen bei gleicher Arbeit, für einen Frauenarbeiterschutz und nach politischer Gleichstellung beschlossen wurden.<sup>44</sup> Clara Zetkin forderte in ihrer Rede die Genossen auf, sich für die Einbeziehung der Arbeiterfrauen in die Arbeiterbewegung einzusetzen.

Gertrud Guillaume-Schack (1845 – 1903), die 1886 nach dem Verbot des ersten sozialdemokratischen Frauenvereins, des „Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“, dessen Ehrenpräsidentin sie war, Deutschland verlassen musste und in Paris die englische Arbeiterinnenbewegung vertrat, forderte bereits damals das uneingeschränkte Frauenstimm- und Wahlrecht.<sup>45</sup> In Deutschland wurden viele Aktivistinnen, die für dieses Anliegen kämpften, nicht nur gesellschaftlich geächtet, sie waren auch diskriminiert und verfolgt und wurden nicht selten ins Gefängnis geworfen. Das trug gewiss dazu bei, dass die proletarische Frauenbewegung zunächst „klein und engmaschig“ war und die Frauenkonferenzen, die um die Jahrhundertwende stattfanden, keine Massenveranstaltungen waren.<sup>46</sup> Schließlich

---

<sup>43</sup> Siehe den Bericht der „Politischen Polizei, Berlin, den 22.7.1889“, Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr.Br. Rep.030, Nr. 14967, Bl. 129.

<sup>44</sup> Claudia von Gelieu, „Sie kannte nicht den Ehrgeiz, der an erster Stelle stehen will“. Emma Ihrer (1857 – 1911) zum 150. Geburtstag, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, III/2007, S. 92 – 104; hier: S. 100.

<sup>45</sup> Jürgen Kirchner, Zur Frauendelegation auf dem Gründungskongress der II. Internationale, in: Mitteilungsblatt der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“. X. Clara-Zetkin-Kolloquium, Leipzig 1989, S. 8 – 15; hier: S. 13.

<sup>46</sup> Richard J. Evans, Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im Deutschen Kaiserreich, Berlin/Bonn 1979, S. 91.

---

war zwischen 1878 und 1890 Bismarcks „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Social-Demokratie“ in Kraft, das sämtliche Basisaktivitäten von Parteien, Gewerkschaften und anderen sozialistischen Zusammenschlüssen betraf und auch nach 1890 als Grundstimmung gegen die als „vaterlandslos“ Geächteten weiter wirkte. Sozialistinnen waren einer doppelten Unterdrückung und Verfolgung durch die Staatsgewalt ausgesetzt, weil Frauen zudem erst seit 1908 – mit Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes – einer politischen Partei oder Organisation beitreten konnten. Vorher mussten sich vor allem sozialistische, aber auch bürgerliche Frauenvereine als Lesezirkel, Handarbeitskreise oder Bildungsvereine tarnen, um das preußische Vereinsgesetz von 1850 zu unterlaufen. Der § 9 dieses Gesetzes lautete: „Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, dürfen keine Frauenspersonen, Schüler oder Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen“. Was „politische Gegenstände“ waren, bestimmte „die Obrigkeit“, meistens ein örtlicher Gendarm. Keine der führenden Frauen der proletarischen Frauenbewegung blieb von Verfolgung verschont, während viele „Bürgerliche“, die „Radikalen“ ausgenommen, ungehindert Politik machen konnten.

Bereits auf dem Pariser Kongress wurden erste Absprachen über die Gründung einer internationalen proletarischen Frauenbewegung getroffen. Während des zweiten Kongresses am 18. August 1891 in Brüssel verlangten die fünf weiblichen Delegierten eine Resolution, nach der weltweit alle sozialistischen Parteien den Kampf für die Gleichheit der Geschlechter in ihre Programme aufnehmen sollten. Zudem sollten alle Gesetze, die Frauen außerhalb des Rechtssystems stellten, abgeschafft werden.<sup>47</sup> Der Kongress 1893 in Zürich forderte den Acht-Stunden-Tag mit deutlichem Hinweis auf die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der 1896 in London das allge-

---

<sup>47</sup> Karlsson 2007, S. 109 f.

meine Wahlrecht und der 1904 in Amsterdam ausdrücklich das Frauenwahlrecht.<sup>48</sup>

### **Die erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen<sup>49</sup>**

Mit der ersten internationalen Konferenz sozialistischer Frauen entstand eine relativ unabhängige sozialistische Frauenbewegung. Der Anstoß kam von den deutschen Frauen, allen voran Clara Zetkin.<sup>50</sup> Sie sahen darin ein Mittel, die Interessen der Frauen in den sozialistischen Parteien der Welt zu aktivieren und damit auch das Gewicht der internationalen Linken zu stärken.

Otilie Baader, die zentrale Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands aus Berlin, berief am 20. Juni 1907 die erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen ein. Alle Frauen- und Arbeiterinnenorganisationen der Welt waren dazu aufgerufen, ihre Vertreterinnen zu delegieren und Anträge zur Tagesordnung sowie Berichte über die sozialistische Frauenbewegung in den verschiedenen Ländern einzureichen. Am 24. Juni 1907 kündigte sie in der „Gleichheit“ an, dass es den Frauen um nichts weniger ging, als die „volle Emanzipation des weiblichen Geschlechts zu erobern“. Und Otilie Baader eröffnete die Sitzung am 17. August 1907, am Vortag des Internationalen Sozialistenkongresses, in der Stuttgarter Liederhalle

---

<sup>48</sup> Irmtraut Karlsson, 75 years and still going strong, London 1982.

<sup>49</sup> Siehe hierzu auch: Gisela Notz, Clara Zetkins Rolle in der internationalen sozialistischen Frauenbewegung und der Kampf um das Frauenwahlrecht, in: Astrid Franzke/Ilse Nagelschmidt (Hg.), „Ich kann nicht gegen meine Überzeugung handeln.“ Clara Zetkin zum 150. Geburtstag, Leipzig 2008, S. 41 – 58 sowie: Gisela Notz, Die internationale Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Referat anlässlich des Internationalen Frauentages 2007 am 8. März 2007 in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

<sup>50</sup> Vgl. Mascha Riepl-Schmidt, Ihre beste Zeit? Clara Zetkins Leben in Stuttgart-Stillenbuch von 1904 – 1924, in: Astrid Franzke/Ilse Nagelschmidt (Hg.), „Ich kann nicht gegen meine Überzeugung handeln.“ Clara Zetkin zum 150. Geburtstag, Leipzig 2008, S. 22 – 40; hier: S. 25.

mit den Worten: „Ich begrüße alle Mitkämpferinnen, die gekommen sind, um die unentbehrlichste Waffe für uns, das Frauenstimmrecht, mit erobern zu helfen“.



Die Teilnehmerinnen der ersten internationale Konferenz sozialistischer Frauen, Stuttgart 1907

Damit stellte sie der Konferenz eine deutliche Aufgabe. Unter dem Vorsitz von Clara Zetkin gründeten 58 weibliche Delegierte aus 15 Ländern Europas und aus Übersee die Sozialistische Fraueninternationale (Socialist International Women – SIW), denn sie hatten schon damals erkannt, dass Probleme wie das Wahlrecht, die krankmachenden Arbeitsbedingungen, die soziale und geschlechterspezifische Ungleichheit und die Bedrohung des Weltfriedens nicht auf nationaler Ebene zu lösen waren. Dass die Konferenz in Stuttgart stattfand, war offensichtlich dem „Wohlwollen“ des württembergischen Königs Wilhelm II. zu verdanken; in Berlin – wo sie ursprünglich stattfinden sollte – war sie nicht genehmigt worden.<sup>51</sup>

---

<sup>51</sup> Ebda.

Den Bericht der Frauen der SPD trug Ottilie Baader vor. Sie sprach über Mitgliederentwicklung, Frauenarbeitsschutz und Kinderarbeit, über die sozialdemokratischen Bildungsvereine und die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der Frauen, die nicht wählen und gewählt werden durften, sich im Deutschen Reich politisch überhaupt nicht organisieren durften und deren Zusammenschlüsse verfolgt, verboten und aufgelöst wurden.<sup>52</sup>

Interessiert lauschten die Frauen ihrem Bericht über das Konzept der Vertrauenspersonen, das die Sozialdemokratinnen „erfunden“ hatten.<sup>53</sup> In ihrer Rede nahm auch sie eine klare Abgrenzung zu den bürgerlichen Frauenbewegungen vor, die die weibliche "Andersartigkeit" betonten, neue Gegensätze zwischen den Geschlechtern schürten und nicht bereit waren, den Kampf der Arbeiterinnen um volle soziale und menschliche Emanzipation zu unterstützen. „Die sozialistische Frauenbewegung Deutschlands“, so Ottilie Baader auf dem Kongress, sei "von der Überzeugung durchdrungen, dass die Frauenfrage ein Teil der sozialen Frage ist und nur zusammen mit ihr gelöst werden kann.“

Ihr ging es um den „Kampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts gegen alle Ausbeutenden, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts.“ Deshalb war es ihr Anliegen, „mit dem Mann ihrer Klasse gegen die kapitalistische Klasse Seite an Seite mit den Männern kämpfen“. In den Mittelpunkt des inter-

---

<sup>52</sup> Bericht der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands an die Internationale Konferenz sozialistischer Frauen und den Internationalen sozialistischen Kongress zu Stuttgart 1907, in: Berichte für die Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen. Abgehalten in Stuttgart 1907, S. 3 – 20, in AdSD.

<sup>53</sup> Die Sozialdemokratinnen wählten das Konstrukt der „Vertrauenspersonen“, da nach der preußischen Vereinsgesetzgebung bis 1908 Frauen politischen Organisationen nicht angehören durften und ihre Zusammenschlüsse verfolgt, verboten und aufgelöst wurden. Eine einzelne Person konnte man jedoch nicht auflösen, sie war aber geeignet, die Agitationsarbeit und die Frauenaktivitäten zu bündeln, zu koordinieren und zu vernetzen.

---

nationalen Kampfes der Frauen stellte sie in dem Bericht die Forderung nach voller politischer Gleichberechtigung der Geschlechter, unbeschränktem Vereins- und Versammlungsrecht sowie aktivem und passivem Wahlrecht. So wie sie dachten damals die meisten SPD-Frauen.

Viele der anderen Länderberichte waren ähnlich, fast alle äußerten sich zum Thema Frauenwahlrecht.<sup>54</sup> In einigen spiegelte sich bereits die Sorge über einen drohenden Krieg und die Notwendigkeit des Kampfes gegen ihn, denn in allen Industriestaaten wurde kräftig aufgerüstet. In den Protokollen über die Konferenz fanden Rama aus Bombay in Indien und Tokyiro Kato aus Japan besondere Würdigung. Sie sprachen über Armut, Ausbeutung und Rechtlosigkeit in ihren Ländern. Eine der finnischen Delegierten, Hilja Parssinen (1876 – 1935), war zu dieser Zeit bereits Mitglied im Parlament, denn die Finninnen waren die ersten Frauen in Europa, die 1906 bereits das Stimmrecht erhielten und gewählt werden konnten.

Besonderes Lob erfuhr auch Angelica Balabanoff (1878 – 1965), denn sie vertrat bei der Konferenz nicht nur die Turiner Frauen, sondern trug als unermüdliche Übersetzerin zum Gelingen des Kongresses bei.

## **International einheitliche Marschrouten**

Clara Zetkin, die die Konferenz als wichtiges Forum der proletarischen Frauenbewegung begriff, trat in ihren Redebeiträgen nicht nur für das Frauenwahlrecht ein, sondern auch für bessere und mehr Rechte für Frauen und für Arbeiterinnenschutz.<sup>55</sup> Sie betrachtete die Stuttgarter Konferenz als einen „ersten tastenden Versuch, zwischen den organisierten Sozialistinnen der ver-

---

<sup>54</sup> Berichte, S. 20 – 49.

<sup>55</sup> Protokolle. Erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen, Erster und Zweiter Verhandlungstag, Sonnabend, den 17. August, und Montag, den 19. August 1907, AdsD.

schiedenen Länder eine regelmäßige Fühlung zu schaffen, [...] um in Hauptfragen eine einheitliche grundsätzliche Haltung der sozialistischen Frauenbewegung herbeizuführen, sie immer fester mit der allgemeinen sozialistischen Bewegung zu verbinden und dadurch die Kraft und den Erfolg ihres Wirkens und Kämpfens zu erhöhen“.<sup>56</sup>



Otilie Baader (1847 - 1925)

Ihr ging es um die weltweite Emanzipation der Arbeiterinnen, die in allen Ländern auf der untersten Stufe der Gesellschaft standen und von allen Ausgebeuteten die am meisten Unterdrückten waren. Sie begründete die Resolution für das Frauenstimmrecht vor dem Internationalen Sozialistenkongress, der einen Tag nach der Gründung der SIW eröffnet wurde und vom 18. bis 24. August 1907 ebenfalls in Stuttgart stattfand. Der Kongress der Sozialisten übernahm die Resolution und

ergänzte sie dahingehend, dass das Frauenwahlrecht nicht ein Ziel an sich darstelle, sondern der Auftakt des gemeinsamen Kampfes von Frauen und Männern mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft sei.

Die Frauen hatten auf ihrem Kongress eine einheitliche Marschroute für den Frauenwahlrechtskampf festgelegt: Die sozialistischen Parteien aller Länder verpflichteten sich, sich energisch für die Einführung des uneingeschränkten allgemeinen Frauenwahlrechts einzusetzen und gemeinsame Aktionen zu entwickeln. In den jeweiligen Parteiprogrammen sollte die For-

<sup>56</sup> Die Gleichheit, 16. Jg., vom 19. August 1907.

derung nach dem Frauenwahlrecht verankert werden. Clara Zetkin hatte in Stuttgart angekündigt, dass die Proletarierinnen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nicht zurückweisen, wenn diese sich im Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht hinter und neben sie stellten, um bei einem getrennt Marschieren vereint zu schlagen.<sup>57</sup>

Es gab gute Gründe dafür, dass die bürgerliche Presse vom Stuttgarter Kongress ausgeschlossen worden war. Die „Gleichheit“ schrieb dazu: „Auf alle Fälle sind wir besser gefahren, dass sie [die Presse] wütend über die Nichtöffentlichkeit einer erfolgreichen Tagung keift, als wenn sie unter Umständen Gelegenheit gehabt hätte, über die öffentliche Inszenierung einer misslungenen Konferenz zu höhnen.“<sup>58</sup>



Alexandra Kollontai (1872 - 1952)

Tatsächlich schrieb die „Schwäbische Tagwacht“ nach der Konferenz: Die „roten Emanzen“ hätten „die abgedroschene Frauenwahlrechtsfrage wiederum aufs Tapet“ gebracht;<sup>59</sup> damit qualifizierte sie das legitime Anliegen der Frauen als ungebührliches Ansinnen.

## **Auch bei den sozialistischen Frauen: der rechte und der linke Flügel**

Diskrepanzen gab es keinesfalls nur zwischen bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegungen. Politische Gräben spalteten auch den rechten vom linken Flügel der Fraueninternationale.

<sup>57</sup> Vgl. Gilbert Badia, Clara Zetkin, Berlin 1994, S. 98.

<sup>58</sup> Die Gleichheit, 16. Jg., vom 2. September 1907.

<sup>59</sup> Schwäbische Tagwacht vom 27. August 1907.

Sie spiegelten die Auseinandersetzung zwischen den beiden Strömungen in der Sozialistischen Internationale wider. Im Verlauf des Stuttgarter Frauenkongresses zeichnete sich auf internationaler Ebene bereits die Teilung des sozialistischen Lagers in die radikale Linke und die reformistische Richtung ab. Alexandra Kollontai (1872 – 1952), Vertreterin der sozialistischen Arbeiterpartei Russlands, beschrieb die Auseinandersetzungen während des Kongresses folgendermaßen: „Während der Konferenz lieferten sich der rechte und linke Flügel der Fraueninternationale einen Kampf, der die Auseinandersetzung zwischen den beiden Strömungen in der Internationale widerspiegelte. Ich stand auf Seiten Clara Zetkins. Der erste Punkt der Meinungsverschiedenheiten betraf den Kampf für das allgemeine Frauenstimmrecht. Die österreichischen Sozialistinnen mit Lily Braun<sup>60</sup> fanden sich zu einigen Kompromissen bereit.<sup>61</sup> [...] Im Namen Russlands unterstützte ich die Linken gegen die Opportunisten. Auch hinsichtlich der Formen der Arbeit unter den Frauen kam es zu Divergenzen: Clara Zetkin bestand auf der Bildung einer internationalen Zentralstelle, während Lily Braun und die Rechten darin auf einmal eine Äußerung von Frauenrechtlerum sahen. Wiederum musste ich die Linken unterstützen.“<sup>62</sup>

Bei der Auseinandersetzung um das Frauenwahlrecht vertraten die Vertreterinnen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) um Adelheid Popp (1869 – 1939) die Meinung, es sei unklug, gleichzeitig für das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen einzutreten.

---

<sup>60</sup> Lily Braun vertrat lt. Protokoll die deutsche SPD.

<sup>61</sup> Nach den Protokollen trug die Genossin Schlesinger-Eckstein, Wien, einen Antrag vor, nach dem es den „Parteiorganisationen der einzelnen Staaten überlassen bleiben muss, den Augenblick und die Methode zu bestimmen, in welchem und mit der der Kampf mit Erfolg aufgenommen werden kann“. Lily Braun, Berlin unterstützte ihn. Vgl. Protokolle, S. 140 und S. 141.

<sup>62</sup> Alexandra Kollontai, Ich habe viele Leben gelebt, Köln 1986, S. 136; Protokolle, S. 148.

Sie wollten keinesfalls das allgemeine und gleiche Frauenwahlrecht als Fernziel aufgeben, hielten aber das Wahlrecht für Männer – das keinesfalls in allen Ländern für alle Männer verwirklicht war – für die näherliegende Forderung. Wahrscheinlich ist auch, dass sie bereits einen Wahlkompromiss mit bürgerlichen Frauen eingegangen waren.<sup>63</sup>

Sie konnten sich nicht durchsetzen. Nachdem die Österreicherinnen ihren Antrag zurückgezogen hatten, zogen auch die Engländerinnen einen einschränkenden Antrag zurück.<sup>64</sup> Clara Zetkins Resolution wurde verabschiedet, gegen elf Stimmen der Österreicherinnen, Schweizerinnen und Engländerinnen.<sup>65</sup>

Auf der Konferenz „mit lebhaftem Beifall begrüßt“ wurde Rosa Luxemburg (1871 – 1919), Mitglied der polnisch-russischen Delegation.<sup>66</sup> Ihre Redebeiträge erhielten große Aufmerksamkeit. Ihr Wort hatte Gewicht und nachdem sie sich mit Nachdruck für die Einrichtung eines inter-



Rosa Luxemburg (1871 - 1919)

<sup>63</sup> Annik Maheim/Alix Holt/Jacqueline Heinen, *Frauen und Arbeiterbewegung*, Frankfurt/M. 1984, S. 75.

<sup>64</sup> Die Engländerinnen vertraten 1907 in Stuttgart ein an die Höhe des Steuersatzes gebundenes Stimmrecht. Clara Zetkin nannte es das „Stimmrecht der Damen“. Vgl. ebda.

<sup>65</sup> Protokolle, S. 148.

<sup>66</sup> Das geht aus den Protokollen (S. 135) hervor. In einigen Veröffentlichungen wird behauptet, sie hätte ihre Teilnahme absagen müssen, weil sie im Begriff stand, „die gastfreundlichen Pforten eines deutschen Strafhauses“ aufzusuchen. Siehe z.B.: *Frauenbüro beim Parteivorstand der SPD* (Hg.): *Informations- und Referentenmaterial. Sonderausgabe*, Bonn o.J., o.S.

nationalen Frauenbüros in Stuttgart eingesetzt hatte und ihrer Bewunderung über die Freundin Clara Zetkin Ausdruck verliehen hatte, die „auch diese Arbeitslast noch auf sich nahm“, wurde der Vorschlag von Luise Zietz, ein Internationales Frauensekretariat einzurichten, um die internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Frauen zu intensivieren, einstimmig angenommen. Die Genossinnen der einzelnen Länder sollten alljährlich zusammenfassende Berichte über die Frauenbewegung ihres Heimatlandes an das Frauensekretariat senden. Zum Sitz der Zentralstelle wurde Deutschland bestimmt. Zur Sekretärin der Sozialistischen Fraueninternationale wurde Clara Zetkin gewählt. Sie übte diese Funktion bis 1917 aus. Das vierzehntägig erscheinende Frauenblatt der deutschen Sozialdemokratie für die Interessen der Arbeiterinnen „Die Gleichheit“ wurde auf Vorschlag von Luise Zietz und Emma Ihrer zum Organ der Sozialistischen Fraueninternationale bestimmt. Die Frauen erhielten die Zeitschrift nun kostenlos zur Weiterbildung und Information.

## **Der Internationale Frauentag**

Von größerer historischer Bedeutung als die erste Konferenz ist die II. Internationale Konferenz sozialistischer Frauen, die am 26. und 27. August 1910 in Kopenhagen stattfand, gewesen. Dort nämlich wurde der Internationale Frauentag ins Leben gerufen. Wie die vorhergehende und die folgende Konferenz wurde sie kurz vor dem Kongress der Internationale abgehalten, um dort die wichtigsten Resolutionen vorlegen zu können. Clara Zetkin hatte gemeinsam mit Käthe Duncker (1871 – 1953) und Genossinnen den Antrag für die Durchführung eines Internationalen Frauentages, „der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht“ dienen sollte, zur Abstimmung gebracht. Die Idee zum Internationalen Frauentag kam aus den USA, dort hatte es Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts große Arbeiterinnenstreiks gegeben und am 20. Februar 1909 wurde erstmals demonstriert.

Die mehr als 100 Delegierten aus 17 Nationen, darunter 12 aus Deutschland, nahmen den Antrag einstimmig an. Clara Zetkin unterstrich bei ihrem Bericht über die Konferenz, dass deren Verlauf verdeutlichte, „wie befruchtend die Stuttgarter Konferenz gewirkt hat, wie viel Klarheit und Festigung die sozialistische Frauenbewegung international ihrer Arbeit verdankt“.<sup>67</sup> Sie wandte sich vehement gegen eine Gruppe von Delegierten, die ein selektives Wahlrecht als ersten Schritt befürwortete. Sie wollte das allgemeine geheime Wahlrecht für alle Frauen. Unterstützt wurde sie wieder durch die russische Frauenrechtlerin Alexandra Kollontai und durch Rosa Luxemburg. Durch den gemeinsamen Internationalen Frauentag, den sie als neues Agitationsmittel für das Wahlrecht und die politische Emanzipation der Frauen werteten, erhofften sich die Aktivistinnen den außerparlamentarischen Druck zu erhöhen. Gleichzeitig stand der Tag im Zeichen des Kampfes gegen Militarismus und einen drohenden Weltkrieg.<sup>68</sup> Außerdem standen die soziale Fürsorge für Mutter und Kind, die Gleichbehandlung von ledigen Müttern, die Bereitstellung von Kinderkrippen und Kindergärten, freie Schulmahlzeiten und Lehrmittelfreiheit auf der Tagesordnung. Ebenso wurde eine Friedensresolution verabschiedet, die die sozialen Gegensätze, die durch die kapitalistische Produktionsweise verursacht wurden, als Ursache der Kriege nannte und die sozialistischen Frauen und Mütter aufforderte, die Arbeiterinnen darüber aufzuklären und ihre Kinder im Geiste des Sozialismus und für den Kampf zur Erhaltung des Friedens zu erziehen. Clara Zetkin wurde als Internationale Frauensekretärin wiedergewählt.

---

<sup>67</sup> Die Gleichheit, 19. Jg., vom 12.9.1910.

<sup>68</sup> Ulrike Sievers, Clara Zetkins Kampf gegen den Militarismus in Deutschland in den Jahren vor der Jahrhundertwende bis 1907, in: Kolloquium der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“, Leipzig, 16. Mai 1985, S. 60 – 64; hier: S. 64.

## Eine „wuchtige sozialdemokratische Kundgebung“

Unter dem Kampfruf „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ gingen am ersten Internationalen Frauentag, am 19. März 1911, mehr als eine Million Frauen auf die Straße und forderten für *alle Frauen* soziale und politische Gleichberechtigung. Der Frauentag 1911 wurde ein voller Erfolg. Er war eine „wuchtige sozialdemokratische Kundgebung für das Frauenwahlrecht“, so heißt es in einem schriftlichen Bericht des SPD-Parteivorstandes über diesen Tag.<sup>69</sup>

Etlliche Frauen der radikalen bürgerlichen Frauenbewegung nahmen an den Veranstaltungen teil oder überbrachten Grußadressen. Da die bürgerlichen Frauen sich in diesem Falle hinter die Forderungen der proletarischen Bewegung stellten, war ein gemeinsames Demonstrieren möglich. So war es eine der seltenen öffentlich gezeigten Übereinstimmungen von bürgerlichen und sozialistischen Frauen. „Die Gleichheit“ berichtete anschließend: „Zahlreiche Polizeimanschaften in der Nachbarschaft der Versammlungslokale bewahrten revolvergerüstet die Stadt vor dem Umsturz der Frauen.“<sup>70</sup> In vielen Orten des Reiches fanden Versammlungen statt, auf denen Resolutionen zum Frauenstimmrecht beschlossen wurden. Allein in Groß-Berlin wurden 42 Veranstaltungen gezählt, die alle glänzend besucht waren. Bürgerliche Depeschbüros schätzten die Zahl der Teilnehmer auf 30.000 – „höchstwahrscheinlich gut über die Hälfte zu niedrig“, vermutete die „Gleichheit“.<sup>71</sup>

Außer in Deutschland wurde der Frauentag 1911 in den USA, in der Schweiz, in Dänemark und in Österreich veranstaltet. Bis zum Ersten Weltkrieg kamen Frankreich, Holland, Schweden, Russland und Böhmen hinzu. Zudem fanden Hunderte von

---

<sup>69</sup> Frauenbüro beim Parteivorstand der SPD (Hg.), Informations- und Referentenmaterial. Sonderausgabe, Bonn o.J., o.S.

<sup>70</sup> Die Gleichheit, 20. Jg., vom 27.3.1911.

<sup>71</sup> Ebda.

---

Frauenversammlungen statt, in deren Rahmen das Interesse der Frauen an den Reichstagswahlen nachgewiesen wurde. In Stuttgart hielt Rosa Luxemburg am 12. Mai 1912 eine Rede zu „Frauenwahlrecht und Klassenkampf“, in der sie unter dem Motto „Her mit dem Frauenwahlrecht!“ die politische Rechtlosigkeit der Frauen scharf verurteilte. Sie verwies darauf, dass die kraftvolle Bewegung von Millionen Proletarierinnen, die ihre politische Rechtlosigkeit als Unrecht empfinden, ein „untrügliches Zeichen“ dafür sei, „dass die gesellschaftlichen Grundlagen der bestehenden Staatsordnung morsch und ihre Tage gezählt sind.“<sup>72</sup>

## Die Bedrohung des Weltfriedens

Angesichts der Bedrohung des Weltfriedens durch den Balkankrieg beschloss das Internationale Sozialistische Büro, für den 24. und 25. November 1912 einen außerordentlichen Sozialistenkongress ins Baseler Münster einzuberufen. Als einziger Tagesordnungspunkt standen die internationale Lage und die gemeinsame Aktion gegen die nahende Kriegsgefahr zur Diskussion: „Bei dieser wichtigen Willenskundgebung des Weltproletariats dürfen die sozialistischen Frauen so wenig fehlen wie im heiligen Krieg gegen den Krieg“, schrieb Clara Zetkin in ihrem Extra-Aufruf an die Frauen.<sup>73</sup> Eine besondere Frauenkonferenz gab es in Basel nicht. Die Rede auf dem Kongress hielt Clara Zetkin im Namen der sozialistischen Frauen aller Länder. Sie präsentierte einen ausführlichen und leidenschaftlichen Bericht über die anwachsende Kriegsgefahr und forderte die Frauen auf, sich gegen das Verbrechen eines Krieges zu wehren, als „Hüter des Lebens“ seien sie zur Friedenserziehung

---

<sup>72</sup> Rosa Luxemburg, Frauenwahlrecht und Klassenkampf, in: Frauenwahlrecht – Propagandaschrift zum II. sozialdemokratischen Frauentag, Stuttgart 12. Mai 1912.

<sup>73</sup> Clara Zetkin, Aufruf zum Internationalen Sozialistenkongress zu Basel, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin 1957, S. 563.

verpflichtet.<sup>74</sup> Sie sollten als Mütter die Kinder mit dem tiefsten Abscheu gegen den Krieg erziehen. Ihre Rede schloss sie mit den Worten „Krieg dem Kriege“. Außer ihr sprachen Alexandra Kollontai und Dora Montefiore (1851 – 1933). Einstimmig nahm der Kongress ein Manifest an, das die arbeitende Klasse in



Adelheid Popp (1869-1939)

allen Ländern aufforderte, alle wirksamen Mittel zur Verhinderung des Krieges einzusetzen. Das Manifest blieb allerdings ebenso wirkungslos wie die wiederholten Appelle, mit einheitlichen Aktionen gegen Militarismus und Krieg Stellung zu nehmen.

## Im Schatten des Ersten Weltkrieges

„Die Arbeiterfrauen und der Weltfrieden“ war das Motto, unter dem am 21. April 1914 in Berlin eine große Frauenkonferenz zur Vorbereitung der III. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz stattfand. Heleen Ankersmit (Holland), Adelheid Popp (Österreich), Clara Zetkin und andere riefen zu einheitlichen Aktionen gegen Militarismus und Krieg auf. Grußschreiben von Frauen aus Finnland, Frankreich, Russland und Schweden wurden verlesen.<sup>75</sup> Die III. Internationale Konferenz sozialisti-

<sup>74</sup> Fritz Staude, Der Kampf Clara Zetkins gegen Militarismus und Opportunismus bis zum Baseler Sozialistenkongress, in: Kolloquium der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“, Leipzig, 27. Mai 1982, S. 15 – 26; hier: S. 24.

<sup>75</sup> Eine Chronik, S. 88.

---

scher Frauen, die im Anschluss an die 10. Internationale Sozialistische Konferenz im August 1914 in Wien durchgeführt werden sollte, fand nicht mehr statt. Einige vorbereitende Materialien waren schon fertig gestellt und bei Clara Zetkin waren bereits Berichte aus einigen Ländern eingegangen, die in der „Gleichheit“ veröffentlicht wurden. Der Weltfrieden war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu sichern.

Die Auslösung des Ersten Weltkrieges im August 1914 leitete eine neue Epoche in der Entwicklung der internationalen sozialistischen Frauenbewegung ein. Die gesamte Sozialistische Internationale – und damit auch die Fraueninternationale – löste sich in ihre nationalen Bestandteile auf. Internationale Frauentage fanden in Deutschland nicht mehr statt, sie wurden von den Behörden verboten. Nahezu alle sozialistischen Parteien in den kriegführenden Ländern bekannten sich zur „Verteidigung des Vaterlandes“ und damit des bürgerlich-kapitalistischen Staates, dessen Sturz sie bis dahin angestrebt hatten. Clara Zetkin verfasste Anfang November 1914 einen Aufruf „an die sozialistischen Frauen aller Länder“, in dem sie sich entschieden gegen den Krieg und für breite Friedensaktionen aussprach. Nun wollte sie nicht mehr Schulter an Schulter mit den Männern kämpfen, auch nicht mit denjenigen aus ihrer Klasse: „Wenn die Männer töten“, so sagte sie, „so ist es an uns Frauen, für die Erhaltung des Lebens zu kämpfen. Wenn die Männer schweigen, so ist es unsere Pflicht, erfüllt von unseren Idealen, die Stimme zu erheben.“<sup>76</sup> Auch die beiden Vertreterinnen des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung Anita Augspurg (1857 – 1943) und Lida G. Heymann (1868 – 1943) schrieben und verbreiteten einen Aufruf an die europäischen Frauen, gegen den Krieg zu protestieren und sofort eine internationale Frauenkonferenz in einem neutralen Land einzuberufen. Gertrud Bäumer (1873 – 1954), führende Protagonistin im „Bund deutscher Frauenverei-

---

<sup>76</sup> Clara Zetkin, An die sozialistischen Frauen aller Länder!, in: Dies., Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1957, S. 638.

ne“, schrieb zu Beginn des Ersten Weltkrieges, dass der Soldat es zu allen Zeiten süß und erhaben gefunden hätte, für das Vaterland zu sterben.<sup>77</sup> So verherrlichte sie den Tod fürs Vaterland, den die Soldaten in Schützengräben sterben sollten. Aus patriotischer Motivation schuf sie mit dem „Nationalen Frauendienst“ ein Betätigungsfeld für konservative Frauen, dessen Ziel die „Aufrechterhaltung der Heimatfront“ sein sollte. Zu den Aufgaben der Frauen an der „Heimatfront“ gehörte die Hilfe für notleidende Familien ebenso wie die Verteilung der Frauen auf



*Clara Zetkin und Rosa Luxemburg auf dem Wege zum Magdeburger Parteitag 1910*

Clara Zetkin und Rosa Luxemburg auf dem Weg zum Magdeburger Parteitag 1910

Arbeitsplätze in der Kriegswirtschaft. Als Gegenleistung erhoffte sich Gertrud Bäumer die Gewährung des Frauenstimmrechts nach dem Ende des Krieges.

Auch für zahlreiche proletarische Frauen trat der Kampf um Frauenrechte in den Hintergrund. Einige sozialistische Frauenverbände verbanden sich mit den bürgerlichen Frauen ihres jeweiligen Landes. Zahlreiche proletarische Frauen in Deutschland folgten der Aufforderung bürgerlicher Frauen, an der „Aufrechterhaltung der Heimatfront“ mitzuarbeiten. Der SPD-Parteivorstand rief die

Arbeiterinnen dazu auf, in dieser Organisation mitzuarbeiten. Dafür erntete er harsche Kritik, (nicht nur) durch Clara Zetkin und Rosa Luxemburg. Diese widmeten den größten Teil ihrer Kraft dem antimilitaristischen Kampf. Sie vertraten die Mei-

<sup>77</sup> Gertrud Bäumer, *Der Krieg und die Frau*, Berlin 1914.

nung, dass es zwar notwendig war, sich um die Kinder und Frauen der Soldaten zu kümmern; die erste und wichtigste Pflicht einer Sozialistin und Internationalistin wäre es jedoch, die Massen für den Kampf gegen den Krieg zu gewinnen. Andere sozialdemokratische Frauen, z.B. Marie Juchacz (1879 – 1956), folgten der Aufforderung.

Clara Zetkin versuchte, die durch den Krieg abgerissenen Fäden zur internationalen Frauenbewegung wieder neu zu knüpfen. Sie wollte die sozialistischen Frauen in aller Welt als Kriegsgegnerinnen aktivieren.<sup>78</sup> Auch in der „Gleichheit“ agitierte sie unerschrocken gegen den Krieg und versuchte, die Frauen aus aller Welt wachzurütteln. Wie viele Sozialistinnen und Sozialisten blieb sie dem Grundsatz treu, „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ zuzubilligen.<sup>79</sup> Die innerparteilichen Auseinandersetzungen über die weitere Bewilligung von Kriegskrediten spaltete auch die sozialdemokratische Frauenbewegung. Als 1913 die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion für eine höhere Kriegssteuer stimmte und am 4. August 1914 die Kriegskredite bewilligte, zeichnete sich der Weg zur Spaltung der Partei und damit auch der sozialdemokratischen Frauenbewegung ab.

In der Absicht, Widerstand gegen die Parteispitze zu organisieren, berief Clara Zetkin als Sekretärin des Internationalen Frauensekretariates – gegen das Verbot des Parteivorstandes – im März 1915 die Berner Frauenkonferenz für alle am Krieg beteiligten Länder ein. Dieses Treffen ging als „Internationale sozialistische Frauenkonferenz gegen den Krieg“ in die Geschichte ein.<sup>80</sup> 25 Delegierte aus Deutschland, England, Frank-

---

<sup>78</sup> Marie Juchacz, Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts, Hannover 1971, S. 43.

<sup>79</sup> Christa Söllner, Clara Zetkin und die Sozialistische Frauenbewegung, Köln 1970, S. 36.

<sup>80</sup> Vgl. Agnes Blänsdorf, Die Zweite Internationale und der Krieg: Die Diskussion über die internationale Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien 1914 – 1917, Stuttgart 1979, S. 188 ff.

reich, Russland, Polen und Italien, Holland und der Schweiz kamen zu dieser bedeutenden Friedenskundgebung zusammen. Aus Deutschland nahmen Lore Agnes, Martha Arendsee, Käte Dunker, Toni Sender, Berta Thalheimer und Margarete Wengels teil. Für die Frauen war es ein letzter Anlauf, die durch den Krieg abgerissenen Fäden zur internationalen Frauenbewegung neu zu knüpfen. Im Mittelpunkt der Konferenz stand der Berner Appell, eine Friedensresolution deutscher und englischer Sozialistinnen, die – nach einigen Auseinandersetzungen – einstimmig angenommen wurde.<sup>81</sup> Durch die Konferenz sollte demonstriert werden, dass zumindest die Frauen dem Gedanken der internationalen Solidarität gegen den Krieg treu geblieben waren. „Die Konferenz war Aktion einer Minderheit der Bewegung, Vorbotin ihrer unerlässlichen Spaltung“, schrieb Clara Zetkin später.<sup>82</sup> Wegen Landesverrats wurde Clara Zetkin auf der Rückreise verhaftet, dann angeklagt. Eine Protestwelle und eine Kautions des Verlegers Dietz bewirkten ihre Freilassung.<sup>83</sup>

In den folgenden Monaten kam es im gesamten Reich immer wieder zu Demonstrationen und Protesten von Frauen und zu Streiks, besonders in der Rüstungsindustrie, gegen die „Burgfriedenspolitik“ der Gewerkschaften und vor allem gegen den Krieg. Die Streikwelle betraf nicht nur Deutschland, sondern auch etliche andere Länder. Bekannt sind Streiks in Österreich, England, Schottland und Frankreich. Die pazifistisch orientierten sozialistischen Frauen wollten die baldige Beendigung des menschenvernichtenden Krieges erreichen. Vom 5. bis 12. September 1917 nahmen Frauen der Sozialistischen Fraueninternationale an der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Stockholm teil, darunter Angelica Balabanov und Heleen Ankersmit. Dort wurde ein Manifest zur Beendigung des Krieges verabschiedet und ein gemeinsamer internationaler Massenstreik ge-

---

<sup>81</sup> Forschungsgemeinschaft Clara Zetkin, Zur Rolle der Frau, S. 93.

<sup>82</sup> Zetkin, 1958, S. 220.

<sup>83</sup> Vgl. Tania Puschnerat, Clara Zetkin: Bürgerlichkeit und Marxismus, Essen 2003, S. 203 f.

---

fordert. Zwei Tage später trafen sich ebenfalls in Stockholm sozialdemokratische Frauen aus Bulgarien, Deutschland, Finnland, Österreich, Rumänien, Russland und der Schweiz und berieten unter der Leitung von Angelika Balabanov über die Fortführung und Festigung der Beziehungen zwischen den Sozialistinnen aller Länder und deren Kampf um die wirtschaftliche, soziale und politische Gleichberechtigung. Der Internationale Frauentag 1917, der illegal begangen werden musste, stand unter dem Motto „Friede und Freiheit“.

## **Die Spaltung war nicht mehr aufzuhalten**

1917 wurde die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie mit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) manifest. Viele Frauen schlossen sich der neu gegründeten Partei an, weil sie die Kriegspolitik der SPD-Führung und vor allem die Bewilligung der Kriegskredite nicht weiter mittragen konnten. Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Luise Zietz und viele andere waren darunter. Clara Zetkin verlor dadurch ihre Stelle als Frauensekretärin im zentralen Parteivorstand und die Redaktionsleitung der „Gleichheit“. Marie Juchacz, die die Mehrheitssozialdemokraten vertrat, bekam die Ämter, die Clara Zetkin und Luise Zietz abgeben mussten, übertragen.<sup>84</sup> Sie wurde Frauensekretärin im zentralen Parteivorstand der SPD und übernahm die verantwortliche Redaktion der „Gleichheit“.

---

<sup>84</sup> Marie Juchacz sagte später über sich selber, dass sie sich nie nach Funktionen gedrängt habe, aber immer zur Verfügung stand, wenn man sie gerufen hatte. Während einer Rede zum Internationalen Frauentag 1950 sagte sie über Clara Zetkin: „Sie war wohl eine der berufensten Frauen. [...] Sie hatte ihr Leben dem Sozialismus geweiht.“ Siehe: Marie Juchacz, Zum Internationalen Frauentag. Wie es damals war, Redemanuskript, März 1950, in: AdsD, Sammlung Personalia Marie Juchacz.

## **Gemeinsames Vorgehen von bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegungen**

Das nahende Kriegsende, die politischen Unruhen und die Revolutionswirren gaben der Frauenstimmrechtsbewegung neuen Aufschwung. Das bürgerliche Frauenstimmrechtslager schloss sich zusammen und begann, mit der sozialdemokratischen Frauenbewegung zusammenzuarbeiten. Gemeinsam wurden nun große Frauenversammlungen in allen größeren Städten veranstaltet. Der „gemäßigte“ Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung hielt sich allerdings bis zuletzt ganz und gar fern. Die im Reichstag vertretenen Parteien – außer der SPD – verhielten sich weiterhin ablehnend. Am 22. März 1917 wurde der Gesetzentwurf für das allgemeine Wahlrecht „ohne Unterschied des Geschlechts“ durch Eduard Bernstein (SPD) und Genossen wieder im Reichstag vorgelegt und wieder abgelehnt.

Im Dezember 1917 wurde im Preußischen Landtag eine „Erklärung zur Wahlrechtsfrage“ übergeben und in der Frauenpresse veröffentlicht. Die Frauen forderten politische Gleichberechtigung mit dem Manne: allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften. Die Erklärung war von Marie Juchacz für die sozialdemokratischen Frauen in der MSPD, von Marie Stritt (1855 – 1928) für den Zusammenschluss bürgerlicher Frauen im „Deutschen Reichsbund für Frauenstimmrecht“ und von Minna Cauer (1841 – 1922) für den „Deutschen Bund für Frauenstimmrecht“ unterschrieben. Was von Marie Stritt als Ereignis „von Bedeutung und eine ganz neue Erscheinung in der politischen Frauenbewegung“ gefeiert wurde, war für Clara Zetkin ein Beweis, dass „die sozialdemokratische Frauenbewegung zu einer Nichts-als-Reformbewegung entartet [war], die die bürgerliche Ordnung nicht stürzen, sondern stützen will“.<sup>85</sup> Die USPD hatte die Unterstützung der Erklärung abgelehnt.

---

<sup>85</sup> Zetkin 1958, S. 220.

---

Im Juli 1918 wurde der Parlamentarier Otto Landsberg (1869 – 1957), der der Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands (MSPD) angehörte, noch einmal in der Wahlrechtsfrage im Reichstag aktiv.<sup>86</sup> Die Gesetzesinitiative wurde nun durch die Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) unterstützt, die Mehrheit der Männer aus den anderen Parteien verweigerte den Frauen auch jetzt noch das Stimmrecht.

Bei den Arbeiter- und Soldatenräten, die sich im November 1918 überall formierten, fanden die Frauen mit ihrer Frauenstimmrechtsforderung offene Ohren. Für die Räte gehörte die Forderung nach dem Frauenstimmrecht zu den Parolen der Revolution.

## Endlich das Frauenwahlrecht

In der Erklärung des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918 hieß es eindeutig: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht [...] für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“ Damit war elf Jahre nach der Gründung der Sozialistischen Fraueninternationale das allgemeine und gleiche Wahlrecht durchgesetzt und damit eine Forderung der Frauenbewegungen erfüllt, für die sie, wenn auch von unterschiedlichen Standpunkten aus und mit unterschiedlichen Aktionen, jahrelang mit viel Ausdauer, Mut und Fantasie gekämpft hatten.

Am 19. Januar 1919 durften *alle* über 20jährigen Menschen zur Wahlurne gehen und es konnten sich auch alle wählen lassen. Der erste demokratische Wahlkampf war gekennzeichnet durch scharfe Gegensätze zwischen Rechts und Links. Die Kommunistische Partei Deutschlands, die am 1. Januar 1919 gegründet worden war, nahm nicht an den Wahlen zur Nationalversamm-

---

<sup>86</sup> Stenographisches Protokoll Reichstag, 1918, S. 5912.

lung teil, weil sie ein anderes Demokratiemodell (Räterepublik) durchsetzen wollte.

Für die Linken war der Wahltag zudem überschattet von der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts (1871 – 1919), vier Tage vor dem Wahltermin.

Die Wahlbeteiligung war mit 82,4 % der wahlberechtigten Männer und 82,3 % der wahlberechtigten Frauen hoch. Es wählten gut zwei Millionen mehr Frauen als Männer, weil sich unter den 32,7 Millionen Wahlberechtigten 17,7 Millionen Frauen befanden.

Bis 1930 war die Wahlbeteiligung nie wieder so hoch wie 1919. Obwohl für die Wahl nur wenige geschlechtsdifferenzierte Daten vorliegen, lassen Wahlanalysen allerdings vermuten, wenn auch nicht beweisen, dass die absolute Mehrheit der SozialdemokratInnen durch die Einführung des Frauenwahlrechts verhindert wurde. Frauen wählten offenbar mehrheitlich konservative Parteien<sup>87</sup>, von denen sie keine jemals in ihren Kämpfen unterstützt hatte. Übereinstimmend stellen die Wahlanalysen der Weimarer Zeit fest, dass das die konservativen Parteien begünstigende Wahlverhalten der Frauen in erster Linie Ausdruck ihrer stärkeren kirchlichen Bindungen war.<sup>88</sup>

Dass die folgenden internationalen Konferenzen der Sozialdemokratinnen „echt feministisch“ den Sieg des Frauenwahlrechts als vollendetes Menschenrecht der Frauen werteten<sup>89</sup> und wie die Washingtoner Konferenz der SIW, die 1919 stattfand, sich mit „winzigen Forderungen“ nach dem gesetzlichen Arbeiterinnenschutz, des Schutzes und der sozialen Fürsorge für Mut-

---

<sup>87</sup> Joachim Hofmann-Göttig, Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, Bonn 1986, S. 29.

<sup>88</sup> Hans Beyer, Die Frau in der politischen Entscheidung – Eine Untersuchung über das Frauenwahlrecht in Deutschland, Stuttgart 1933; Gabriele Bremme, Die politische Rolle der Frau in Deutschland – Eine Untersuchung über den Einfluss der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament, Göttingen 1956.

<sup>89</sup> Zetkin 1958, S. 221.

ter und Kind und für Hilfsbedürftige jeder Art zufrieden gaben, kritisierte Clara Zetkin heftig. Schließlich blieb noch genug zu tun.



Wahldemonstration Berlin, Wahlkampf 1919

## Die ersten Frauen in den Parlamenten

In der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung waren 9,6 % der Parlamentsmitglieder Frauen. Sie verabschiedeten am 11. August 1919 die neue Reichsverfassung, nach der das Deutsche Reich als demokratische Republik formiert wurde. Bei der Verabschiedung der Weimarer Verfassung versuchte keine Partei mehr, das Frauenstimmrecht anzutasten.<sup>90</sup> Von den 467 Parlamentsmitgliedern, die im Juni 1920 in den Deutschen Reichstag der Weimarer Republik einzogen, waren 37 (8,7 %) Frauen, vier Nachrückerinnen kamen später hinzu. 22 Parlamentarierinnen gehörten SPD und USPD an, die restlichen 15 verteilten sich auf die anderen Parteien.

---

<sup>90</sup> Franzke, S. 126.

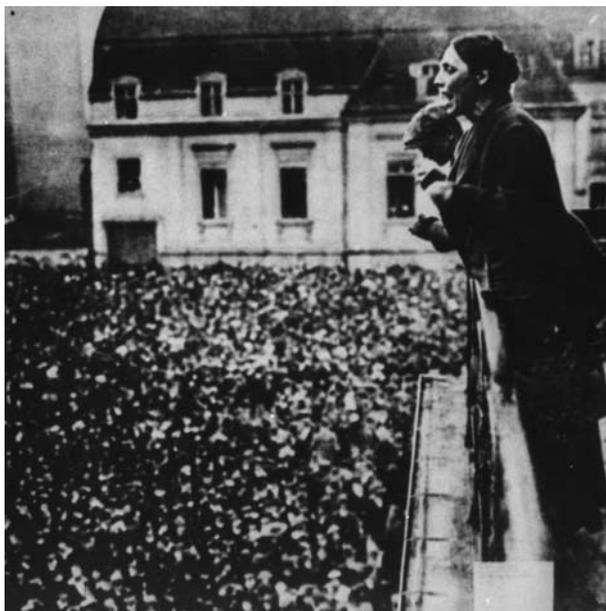
„Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf“, stellte die Abgeordnete Marie Juchacz (MSPD) am 19. Februar 1919 im ersten gewählten deutschen Parlament, der Nationalversammlung zu Weimar, fest. Sie war sich sicher, dass die Frauen der Regierung nicht zu Dank verpflichtet waren: „Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit; sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist,“ stellte sie in der ersten Rede, die jemals eine Frau in einem deutschen Parlament gehalten hat, fest.

Auch die dänischen Frauen hatten 1915 das Wahlrecht erstritten, die russischen und die niederländischen 1917. Neben Deutschland bekamen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs auch Österreich, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Lettland, Litauen und Estland 1918 das Frauenwahlrecht, 1919 Luxemburg und 1921 Belgien.



1. Reihe v. l.: Marie Arning, Elise Bartels, Lore Agnes, Clara Bohm-Schuch, Marie Ansorge, Berta Schulz, Minna Martha Schilling  
 2. Reihe v. l.: Marie Juchacz, Marie-Elisabeth Lüders, Gertrud Bäumer, Toni Sender, Johanna Reitze, Luise Schiffgens, Mathilde Wurm, Luise Schröder, Anna Nemitz, Antonie Pfülf

Viele der weiblichen SPD- und USPD-Abgeordneten, die sich 1922 – wenn sie nicht der KPD beitraten oder bei deren Gründung bereits beigetreten waren – in der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei wiederfanden, kamen selbst aus der Arbeiterschicht und kannten die Probleme der ärmeren Schichten. Sie folgten der Vision einer klassenlosen sozialistischen, freiheitlichen und friedlichen Gesellschaft und sie sorgten dafür, dass „die soziale Frage“ öffentlich diskutiert wurde. Ihnen ging es um mehr soziale Gerechtigkeit, um Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, um die Sicherung des sozialen Friedens in der Gesellschaft, um den Ausbau der Demokratie und um die Politisierung der Frauen.



Marie Juchacz, Versammlung in Weimar um 1919

Alle Frauen der sozialdemokratischen Fraktionen haben Politik für die unterdrückten Frauen gemacht. Sie waren weiterhin der Meinung, dass die Veränderung der Lage der unteren Schichten nicht isoliert, alleine durch Frauen durchgesetzt wer-

den konnte, sondern Schulter an Schulter mit den Männern erkämpft werden musste. Sie setzten sich u. a. für die Mitarbeit der Frauen in der Justiz, die gemeinsame Schulerziehung beider Geschlechter, das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und andere Frauenarbeitsschutzmaßnahmen sowie das grundsätzliche allgemeine Recht der Erwerbsarbeit für Frauen ein.<sup>91</sup> Später wurde ihnen vorgeworfen, sie hätten sich ausschließlich „mit typischen Frauenthemen“ befasst. Sie selbst sahen die Spezialisierung auf sozial- und familienpolitische Themen nicht als Mangel, weil sie aufgrund ihrer am Alltag orientierten Erfahrungen Expertinnen für diese Arbeitsfelder waren. Allerdings litten diese Frauen auch unter ihren eigenen Defiziten, weil sie für ihre Arbeit weniger gut geschult waren als die Frauen der bürgerlichen Frauenbewegung und weil ihnen die Vorbilder fehlten.<sup>92</sup>

## **Neuformierung während der Weimarer Republik**

Die sozialdemokratischen Frauen versuchten sich während der Weimarer Republik im Rahmen der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) neu zu formieren.

Sie führten am 21. Mai 1923 während des Gründungskongresses der SAI in Hamburg ihre I. Internationale Frauenkonferenz nach dem Ersten Weltkrieg durch. 93 Delegierte aus 23 Ländern fanden sich zusammen, um eine neue Sozialistische Fraueninternationale zu gründen.<sup>93</sup> Toni Sender (1888 – 1964) und viele andere Frauen, die bereits vor dem Krieg aktiv waren, waren dabei. Die Frauen setzten ein provisorisches Internationales Sozialistisches Frauenkomitee ein. Auf Bestreben von Adelheid Popp (Österreich) und Frauen aus den Niederlanden beschloss die Konferenz, wieder den Internationalen Frauentag zu begehen. Er galt nun der Forderung nach dem Frauenwahlrecht für die Länder, die es noch nicht erreicht hatten, und sollte zum

---

<sup>91</sup> Wickert, S. 161.

<sup>92</sup> Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, S. 38.

<sup>93</sup> Karlsson 2007, S. 117.

---

Kampftag für die Frauenrechte im Allgemeinen werden. Als am 21. August 1925 in Marseille die II. Internationale Frauenkonferenz stattfand, waren bereits 96 Delegierte aus 18 Ländern anwesend. Marie Juchacz (SPD) hielt ein Referat über die Aufgaben und Methoden der sozialistischen Frauenbewegung. Eine Resolution wurde verabschiedet, die u. a. die Bildung eines internationalen beratenden Frauenkomitees vorsah, das die SAI unterstützen sollte. Als Berichterstatterin wurde Adelheid Popp (Österreich) gewählt. 1926 wurde auch ein Sekretariat eingerichtet.

Als die III. Internationale Frauenkonferenz der SAI im August 1928 in Brüssel stattfand, standen Forderungen des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes und der sozialen Fürsorge für Hilfsbedürftige und für erwerbstätige Frauen auf der Tagesordnung. Zu diesem Thema referierte Gertrud Hanna (1876 – 1944). Die Frauen hatten die Schrecken des Ersten Weltkrieges noch vor Augen und lehnten auf dieser Konferenz jede Kriegsdienstleistung der Frauen für die Zukunft ausdrücklich ab.

Bei der IV. Internationale Frauenkonferenz der SAI 1931 in Wien waren unter den 169 Delegierten und Gästen von 30 Parteien aus 24 Ländern 25 deutsche Sozialdemokratinnen vertreten. Thema war u.a. „die Wirkung der politischen Reaktion auf die Freiheit der Frau“. Dazu referierte Toni Sender (SPD). Während der Konferenz wurden Resolutionen verabschiedet, die den aufkommenden Faschismus und die von ihm ausgehenden frauenfeindlichen Tendenzen sowie die mit der Weltwirtschaftskrise einhergehende Hetze gegen erwerbstätige Frauen geißelten. Wieder wurden das Frauenwahlrecht und die staatsbürgerliche Gleichstellung in weiteren Ländern der Welt gefordert. Das war die letzte Frauenkonferenz der SAI.

In Deutschland warf das Hakenkreuz bereits seine Schatten, als ein Jahr vor der „Machtergreifung“ durch Hitler, am 26. Februar 1932, Marie Juchacz zum letzten Mal im Reichstag sprach. Freilich wusste sie, dass sie nicht im Namen aller Frauen spre-

chen konnte, zu verschieden waren auch damals die Interessen. Sie sagte: „die Frauen – ich spreche für die Frauen des werktätigen Volkes und, wie ich hoffe, für die Mehrheit der deutschen Frauen überhaupt – die Frauen wollen keinen Bürgerkrieg, die Frauen wollen keinen Völkerkrieg, die Frauen wollen keine Verschärfung der Wirtschaftsnot durch innen- und außenpolitische Abenteuer.“ Die Frauen rief sie in dieser Rede auf, den Kampf für Frieden und Freiheit aufzunehmen, „gegen den Todfeind: den Faschismus.“<sup>94</sup>

Als vom 27. bis 29. August 1932 durch Henri Barbusse und Romain Rolland in Amsterdam ein Internationaler Kongress gegen den Krieg einberufen wurde, versuchten die Teilnehmenden soziale und Geschlechtergrenzen zu überwinden und den Kampf aller Kriegsgegner und -gegnerinnen zusammenzufassen. Die 2.196 Delegierten aus 35 Ländern, unter denen 358 Frauen die Minderheit bildeten, gründeten ein Weltkomitee gegen den Krieg, dem die bürgerliche Frauenrechtlerin Helene Stöcker (1869 – 1943) ebenso angehörte wie die zur Kommunistin gewordene Clara Zetkin. Die Konferenz beschloss ein Manifest und eine Resolution „Gegen den Faschismus in Deutschland und die Verfolgung antifaschistischer Kämpfer durch die deutsche Regierung“. Im Rahmen des Kongresses fand auf Initiative des „Internationalen Frauenkomitees zur Unterstützung des Antikriegskongresses“ am 28. August eine Internationale Frauenkonferenz statt, an der Frauen der verschiedensten bürgerlichen, sozialistischen und pazifistischen Organisationen teilnahmen, unter ihnen die 1915 gegründete Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF), in der Sozialdemokratinnen ebenso organisiert waren wie Frauen aus der bürgerlichen Frauenbewe-

---

<sup>94</sup> Zit. nach Christa Hasenclever, Aus der parlamentarischen Tätigkeit von Marie Juchacz, in: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. (Hg.), Marie Juchacz. Gründerin der Arbeiterwohlfahrt. Leben und Werk, Bonn 1979, S. 123 – 136; hier: S. 135.

---

gung.<sup>95</sup> Sie beschloss eine Anti-Kriegs-Resolution, die sie „an die Frauen aller werktätigen Schichten“ richtete.

## **Im Schatten des Hakenkreuzes**

15 Jahre lang konnten Frauen in Deutschland wählen und dürfen gewählt werden. Dann wurde das Rad der Zeit zurückgedreht. Daran war der durch einen nicht unerheblichen Anteil von Frauen unterstützte Nationalsozialismus schuld.

Zur Zeit des Nationalsozialismus sollten sich Frauen (wieder) auf ihre „natürliche Funktion“ besinnen und das hieß jetzt: „Dem Führer Kinder schenken“; und wenig später hieß es: Dienstverpflichtung in den Rüstungsfabriken. Gleichschaltung und Auflösung haben auch vor den Frauenorganisationen nicht Halt gemacht. Die bürgerlichen Frauenvereine haben der Gleichschaltung keinen Widerstand entgegengesetzt: Der BDF hat sich bereits im Mai 1933 selbst aufgelöst, im September 1933 folgte der in Deutscher Staatsbürgerinnenverband umbenannte Deutsche Frauenverein. Beide Verbände verabschiedeten sich, ohne sich gegen den Druck der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) aufzulehnen. Sozialdemokratische, kommunistische und andere linke Frauenorganisationen wurden verboten. „Die deutsche Frau“ brauchte sich, nach Meinung der Nazis, nicht „zu emanzipieren“. Die bereits im Oktober 1931 gegründete Nationalsozialistische Frauenschaft (NS-Frauenschaft) erhob als „Eliteorganisation“ den Anspruch auf die politische und kulturelle Führung der gesamten Frauenarbeit.

Das Verhalten von Frauen während der Zeit des Nationalsozialismus war vielschichtig; der Ausgang ist bekannt. Politisch rechts stehende Frauen begrüßten die Funktionalisierung von Frauen als Gebärerinnen und Erzieherinnen künftiger Soldaten, sie sahen darin die Integration in die „Volksgemeinschaft“ und

---

<sup>95</sup> Die IFFF besteht heute (2008) noch.

rechtfertigten damit allerdings den weitgehenden Ausschluss der Frauen aus dem politischen Leben.

Frauen wurden nicht nur aus den verschiedensten Gremien ausgeschlossen, sondern es wurde ihnen auch das passive Wahlrecht genommen. Frauen, die die Politik der Nationalsozialisten nicht mitmachten, haben Widerstandsarbeit geleistet, waren Verfolgungen ausgesetzt oder kamen in Konzentrations- und Todeslagern um. Frauen wie Männer lebten im Exil und Frauen bauten mitunter auch dort Frauenorganisationen auf. Viele haben aber auch den inneren Rückzug angetreten, andere haben Anpassungsleistungen erbracht und wieder andere waren Täterinnen – Akteurinnen im schlimmen Sinne.

Sozialistische Frauen aus allen Ländern setzten sich mit der frauenfeindlichen Ideologie der Nationalsozialisten auseinander und warnten vor den verheerenden Auswirkungen der NS-Bevölkerungs-, Frauen- und Familienpolitik und vor allem vor denen eines II. Weltkrieges.

Es war eine kleine Anzahl mutiger Widerständiger, die auch noch nach der „Machtergreifung“ Hitlers alles versuchten, um das drohende Unheil abzuwehren. Vom 4. bis 7. August 1934 versammelten sich Vertreterinnen sozialdemokratischer, pazifistischer und anderer Organisationen, darunter 60 Frauen aus Deutschland, in Paris und wandten sich gegen die frauen- und friedensfeindliche Politik der Nationalsozialisten und Faschisten. Ihr Ziel war eine breite antifaschistische Frauenbewegung. 65 Delegierte des Kongresses bildeten ein Internationales Frauenkomitee gegen Krieg und Faschismus, das im Oktober 1935 in Paris erneut einen Friedenskongress durchführte und bis 1939 seinen Sitz in Paris hatte. Die Zeitschrift des Internationalen Frauenkomitees „Die Frau“ erschien in 20 Ländern der Welt. Im Jahre 1937 vereinigte das Komitee Frauenorganisationen mit ca. 10 Millionen Mitgliedern. Auch durch diese Aktivitäten konnte der Zweite Weltkrieg nicht verhindert werden, obwohl das Internationale Frauenkomitee gegen Krieg und Faschismus quasi

---

am Vorabend, vom 13. bis 15. Mai 1938, eine der bedeutendsten Friedensmanifestationen organisierte, den Weltkongress der Frauen für Frieden und Demokratie in Marseille, an dem 700 Delegierte aus 17 Nationen teilnahmen und u. a. die Freilassung von KZ-Häftlingen und den Boykott von Waren der „angreifenden Nationen“ verlangten.

### **Nach dem Zweiten Weltkrieg: Männer und Frauen sind gleichberechtigt**

Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen die Sozialistinnen 1947 bei der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Zürich zum ersten Mal wieder zusammen und beschlossen, die Frauenorganisation unter der Leitung der belgischen Sozialistinnen wieder zu gründen.<sup>96</sup> Die erste Internationale Frauenkonferenz fand am 3. Juni 1948 in Wien statt. Frauen aus Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Holland, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz fanden sich zusammen, tauschten Informationen aus und beschlossen, sich regelmäßig zu treffen. Nach den Konferenzen 1950 in Kopenhagen, 1951 in Frankfurt/Main und 1952 in Mailand formierte sich erst 1955 bei der 5. Nachkriegskonferenz in London der „Internationale Rat sozialdemokratischer Frauen“ als Organisation mit Statuten und einem Präsidium neu. Es dauerte bis 1978, bis bei der Konferenz in Vancouver (Kanada) die Organisation wieder in Sozialistische Fraueninternationale umbenannt wurde. Erst jetzt wurde auch beschlossen, den Internationalen Frauentag weltweit wieder als Kampftag für Frauenrechte und Frieden zu begehen.

In Deutschland konnten die Sozialdemokratinnen nach 1945 wieder an die demokratische Entwicklung der Weimarer Zeit anknüpfen. Das aktive und passive Wahlrecht war nun kein Streitpunkt mehr. Jetzt galt es, zäh darum zu ringen, die Forderung nach Gleichberechtigung in den neu zu formulierenden

---

<sup>96</sup> Karlsson 2007, S. 121.

Verfassungen von DDR und BRD zu verankern. Für die BRD ist dies durch Artikel 3 (2) des Grundgesetzes festgelegt, was vor allem dem Kampf der Sozialdemokratinnen Elisabeth Selbert und Frieda Nadig zu verdanken ist, die gegen die Empörung der Abgeordneten aus allen Fraktionen beharrlich blieben.<sup>97</sup> Seit 1949 heißt es im Grundgesetz eindeutig: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. In der DDR-Verfassung hieß es „Mann und Frau sind gleichberechtigt.“ Seit 1994 (nach der Wiedervereinigung) heißt es zusätzlich im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“.



Elisabeth Selbert (Mitte) und Frieda Nadig (rechts) im Gespräch auf der Bundesfrauenkonferenz in Frankfurt/M., 1963

---

<sup>97</sup> Siehe hierzu: Gisela Notz, *Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49 – 1957*, Bonn 2003.

---

Ohne die Unterstützung von tatkräftigen Frauen aus vielen verschiedenen Organisationen wie Gewerkschaften und autonomen Vereinen und Initiativen hätten weder die Frauen, die 1949 im Parlamentarischen Rat, noch diejenigen, die 1994 im Bundestag saßen, diese Formulierungen durchsetzen können. Parlamentarierinnen und außerparlamentarisch aktive Frauen setzten sich für die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern ein, weil sie diese als eine wichtige Voraussetzung für eine gerechte, emanzipierte und demokratische Gesellschaft ansahen und ansehen.

## Ausblick

Die Sozialistische Fraueninternationale konnte im Jahre 2007 ihren einhundertsten Geburtstag feiern. Sie sagt heute von sich selbst, dass sie die größte politische Frauenorganisation der Welt sei. 148 Frauenorganisationen aus ebenso vielen Sozialistischen, Sozialdemokratischen und Arbeiterparteien in 120 Ländern der Welt sind in ihr zusammengeschlossen.<sup>98</sup> Es ist 90 Jahre her, dass Frauen in Deutschland im Januar 1919 das erste Mal wählen durften und seit 100 Jahren dürfen sie sich in politischen Vereinen organisieren und auch studieren.

De facto ging die Lösung der „Frauenfrage“ in dieser Zeit langsam voran. Der Fortschritt der letzten Jahrzehnte besteht darin, dass sich immer öfter tüchtige und fähige Frauen trauen, öffentlich aufzutreten und gegen das ungeheure Unrecht der patriarchalen Ordnung anzukämpfen. Frauen sind heute ebenso gut oder gar besser ausgebildet als Männer und fordern nun die Umverteilung *aller* (jetzt) bezahlt und (jetzt) unbezahlt geleisteten gesellschaftlich nützlichen Arbeiten auf beide Geschlechter und die Anerkennung aller Lebensweisen.

---

<sup>98</sup> Pia Locatelli, Vorwort, in: Socialist International Women (Hrsg.), Die ersten hundert Jahre. Eine kurze Geschichte der Sozialistischen Fraueninternationale, Berlin 2007, S. 11.

Darauf hinzuweisen, dass der Frieden auf der Welt nicht hergestellt werden kann und eine Demokratie unvollendet ist, solange die soziale Ungleichheit fortbesteht und solange die Ebenbürtigkeit zwischen den Geschlechtern nicht auch de facto in allen Bereichen des menschlichen Lebens und Arbeitens erreicht ist, war und ist die Aufgabe von Frauenpolitik.

Kriegerische Auseinandersetzungen, Gewalt gegen Frauen, zunehmende soziale Ungleichheit, Armut und Abhängigkeit, Geschlechterdiskriminierung in Familie, Ausbildung und Erwerbsarbeit und mangelnde Teilhabe von Frauen an den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen belegen, dass die Zusammenarbeit von „Frauen der verschiedenen Länder zu gemeinsamer Arbeit“, zu der 1907 aufgerufen wurde, in einer globalisierten Welt wichtiger ist denn je.

Zur Autorin

geb. 1942, Dr. phil., Sozialwissenschaftlerin, bis 2007 wissenschaftliche Referentin in der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

## Frauen in der Mannschaft

### Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49–1957

Gisela Notz zeichnet die Porträts von 26 sozialdemokratischen Frauen im Parlamentarischen Rat und in den ersten beiden Bundestagen. Die Biografien spiegeln ein Stück Zeitgeschichte der Jahre 1948–1957.

Ausgehend von einer kurzen Beschreibung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation in der BRD schildert die Autorin die parlamentarische Arbeit der Frauen. Sie fragt nach dem »Fraueneinfluss« in Politik, Gewerkschaften, Verwaltung und Wirtschaft und untersucht, welche Rolle frauenpolitische Aspekte spielten, welche Barrieren Frauen zu überwinden hatten.

Einige der Aufbauarbeiterinnen konnten an die Erfahrungen der Weimarer Republik anknüpfen. Die meisten hatten sich während des Nationalsozialismus an Aktionen gegen das Regime beteiligt: oftmals als wichtige Unterstützung im Hintergrund, im Alltag, in Betrieben, einige hatten Konzentrations- und Todeslager überlebt, andere waren in die Emigration gegangen. Allen gemeinsam war der Wunsch, dafür zu arbeiten, dass ein sozialistisches und demokratisches Deutschland geschaffen wurde, in dem Unrecht, sozialer und geschlechterspezifischer Ungerechtigkeit, Faschismus und Krieg ein für alle Mal der Boden entzogen war.



Gisela Notz  
**Frauen in der Mannschaft**  
 Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat  
 und im Deutschen Bundestag 1948/49–1957

568 Seiten, Broschur  
 34,00 Euro  
 ISBN 978-3-8012-4131-5

[www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)



Verlag J.H.W. Dietz Nachf. – Dreizehnmorgenweg 24 – 53175 Bonn  
 Tel. 0228/238083 – Fax 0228/234104 – E-Mail: [info@dietz-verlag.de](mailto:info@dietz-verlag.de)

## Mehr als bunte Tupfen im Bonner Männerclub

Sozialdemokratinnen im  
Deutschen Bundestag 1957–1969

In diesem Buch schildert Gisela Notz die Biografien und die politische Arbeit von zwölf sozialdemokratischen Parlamentarierinnen, die von der dritten bis zur fünften Wahlperiode (1957–1969) neu in den Deutschen Bundestag gewählt wurden. Spannende Lebensbilder engagierter Frauen, die keine »Frauenrechtlerinnen« sein wollten, aber vieles für die Rechte der Frauen erreicht haben.

Die Autorin geht von der Beschreibung der wirtschaftlichen und politischen Situation in der BRD aus und schildert die parlamentarische Arbeit der Frauen im biografischen Zusammenhang. Die Politikerinnen haben sich nicht mehr nur mit frauenpolitisch brisanten Fragen befasst, sondern verstärkt in angeblich geschlechtsneutrale Politikbereiche wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik eingemischt. Ihre Vision war eine Gesellschaft freier Menschen, doch stießen sie mit ihren Wünschen in der konservativen deutschen Nachkriegsgesellschaft auf zahlreiche Widerstände und Grenzen. Der Band setzt die Darstellung der SPD-Parlamentarierinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag zwischen 1948/49 und 1957 fort, die mit dem Buch »Frauen in der Mannschaft« (Dietz 2003) begonnen wurde.



Gisela Notz  
**Mehr als bunte Tupfen  
im Bonner Männerclub**  
Sozialdemokratinnen im  
Deutschen Bundestag 1957–1969

392 Seiten, Broschur  
29,90 Euro  
ISBN 978-3-8012-4175-9

[www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)



Verlag J.H.W. Dietz Nachf. – Dreizehnmorgenweg 24 – 53175 Bonn  
Tel. 0228/238083 – Fax 0228/234104 – E-Mail: [info@dietz-verlag.de](mailto:info@dietz-verlag.de)

ISSN 0941-6862  
ISBN 978-3-89892-981-3